

■ Wasser. Umgangsweisen zwischen Antike und Neuzeit

Sitta von Reden/Christian Wieland (Hg.), Wasser. Alltagsbedarf, Ingenieurskunst und Repräsentation zwischen Antike und Neuzeit (Umwelt und Gesellschaft; Bd. 14), Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 2015, 170 S., 17 Abb., 35,00 €

Sich in historischer Perspektive mit Wasser zu beschäftigen, ist seit einigen Jahren en vogue. Davon zeugen die neue Strömung der *water history* sowie Neugründungen verschiedener Buchreihen- und Zeitschriftenformate, die sich der historischen Reflexion über die Ressource in ihren Wechselbeziehungen zwischen Mensch, Natur und Technik verschreiben – etwa die Zeitschrift »Water History« (Springer, seit 2009) oder die von Terje Tvedt und Eva Jakobsson seit 2006 herausgegebene Buchreihe »A History of Water«. Den Hintergrund bilden zweifellos die gegenwärtigen gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Diskussionen um die Versorgung mit der knappen und gleichzeitig nicht austauschbaren Ressource, die in vielen Teilen der Welt mit gravierenden Problemen und Konflikten verbunden ist.

In diesem Forschungsfeld haben jetzt Sitta von Reden und Christian Wieland einen instruktiven Sammelband vorgelegt, dessen sechs Forschungsbeiträge von einer unter-schwelligeren Generalthese getragen sind: Das Thema verspreche für Historiker_innen in erster Linie dann einen besonderen Erkenntnisgewinn, wenn sie dem Umgang mit dem Wasser nicht nur innerhalb der klassischen Epochen Grenzen nachgehen, sondern zwischen Antike, Früher Neuzeit und Moderne Brücken schlagen. In überwiegend epochen-übergreifenden Betrachtungen untersuchen die Autor_innen des Bandes, wie sich bei Kanal- und Brunnenbauprojekten alltagspraktischer Nutzwert, monarchische Fürsorgepflicht sowie Vorstellungen herrschaftlicher Macht und Repräsentation miteinander verknüpften oder auch entgegenstanden.

Im ersten Beitrag widmet sich Astrid Möller Wasserbaugroßprojekten im archaischen Griechenland. Interpretierten bisherige Forschungsarbeiten hydraulische Großanlagen wie den Eupalinos-Tunnel auf der Insel Samos vorwiegend als Ausdruck der Selbstinszenierung einzelner Tyrannen, so gelingt es der Autorin in ihrer Analyse zeitgenössischer ikonografischer Darstellungen – etwa aus der Vasenmalerei – auf die vielschichtigen politischen, gesellschaftlichen und kultischen Strukturen hinzuweisen, in die antike Kanal- und Brunnenbauten eingebunden waren. Sie nahmen immer auch einen alltagspraktischen Stellenwert im städtischen Leben ein, so für die tägliche Wasserversorgung oder bei Reinigungsritualen. Wenngleich die Initiative für die Baumaßnahmen in der Regel von aristokratischen Kreisen ausging, blieben Durchführung und Erhalt der hydraulischen Anlagen eine kollektive Angelegenheit der Polisbürger.

Mit der Doppelfunktion von Versorgung und Repräsentation der Wasserinfrastrukturen beschäftigt sich auch Sitta von Reden in ihrem Einzelbeitrag zur Wasserbaupolitik im hellenistischen Ägypten. Einerseits dienten die unter den Ptolemäern errichteten Bewässerungsanlagen handfesten wirtschaftlichen Zwecken. Das unterägyptische Fajum-Becken beispielsweise stieg in Folge seiner wasserbaulichen Erschließung zur Kornkammer Ägyptens auf. Gleichzeitig diente diese Maßnahme der Stabilisierung der ptolemäischen Dynastie in der Peripherie.

Ähnliche Überlegungen präsentiert die Kulturologin Chandra Mukerji zeitversetzt am Beispiel des südfranzösischen Canal du Midi. Dieses wohl wirkmächtigste Kanalbauprojekt der Frühen Neuzeit ist Mukerji folgend nicht nur als ein Symbol der herrschaftlichen Selbstbeschreibung am Rande des Königreichs zu bewerten, sondern war viel eher ein zentrales Element »unpersönlicher Herrschaft«, um den territorialen Machtanspruch der Zentralgewalt im entfernten Languedoc konkret geltend zu machen. Durch die permanente Präsenz

des Kanals wurden vor Ort neue Abhängigkeiten geschaffen, auf wirtschaftlicher und administrativer wie auch technischer Ebene. Geschickt zeigen von Reden und Mukerji, wie sich politische Kulturen in antiken und frühneuzeitlichen Monarchien eben auch im Umgang mit der Ressource Wasser herausbildeten. Zentral gelenkte Wasserinfrastrukturen in der Peripherie gingen immer mit Eingriffen in die lokalen gesellschaftlichen Formationen einher, wenn beispielsweise das mit der Wartung der Wasserbauten beauftragte Personal zugleich lokale Gemeinden überwachte. Dieses musste nicht zwangsläufig zu einer Zentralisierung der Herrschaft führen, erwies sich aber stets als eine wirkungsvolle Methode, die Königsherrschaft in der Provinz dauerhaft zu festigen.

Aus rechtshistorischer Perspektive knüpft der Althistoriker Neville Morley indirekt an die in der Umweltgeschichtsforschung diskutierte Frage an, inwiefern sich die Eigendynamiken der Natur – etwa die zerstörerische Kraft des Wassers bei Flutwellen – der menschlichen Regulierung widersetzen. Indem Morley auf die *agency* der Ressource aufmerksam macht, deutet sich in seinem Beitrag eine Perspektivverschiebung an, der der Band bis dahin nicht allzu viel Beachtung schenkt. Hier wird der in der Einleitung formulierte Anspruch umgesetzt, die »Tragweiten« umweltgeschichtlicher Ansätze ausloten zu wollen. Hingegen erzählen die meisten Einzelbeiträge – in der Lesart einer »Eroberungsgeschichte« der Natur – doch viel eher davon, wie Menschen die Gewässer technisch rigoros überformten und für die eigenen Nutzungs-, Herrschafts- und Repräsentationsbedürfnisse dienstbar machten. Zur Absicherung der staatlichen Wasserversorgungsinteressen schrieben die römischen Juristen der Rechtssprache über das Wasser eine Rhetorik der Regelmäßigkeit und Beständigkeit ein, die die tatsächlichen Unbeständigkeiten des Wasserzufflusses im mediterranen Raum völlig ignorierte. Darin erkennt Morley die Ursache für die andauernden privatwirtschaftlichen Wassernutzungskonflikte, da das römische

Wasserrecht keine klaren Prinzipien für die Regulierung des unberechenbaren und volatilen Charakters der Ressource anbot.

Im Anschluss analysiert Christian Wieland die Diskurse technischer Wasserbauexperten des 17. Jahrhunderts vor dem Hintergrund ihrer sozio-kulturellen Standeszugehörigkeit. Trugen bürgerliche Herkunft und Nähe zum Handwerk lange zur Diskreditierung der Baumeister und Techniker bei, so gelang einer technischen Funktionselite im Laufe der Frühen Neuzeit der gesellschaftliche Aufstieg. Entscheidendes Vehikel für die Herausbildung eines professionellen Ingenieurwesens war die Anbindung an die höfische Kultur, die Wasserbauingenieure über unterschiedliche Strategien der sozialen Selbstpositionierung zu erlangen versuchten. Während südeuropäische Experten antike Wasserbaukonzepte als Referenzpunkt wählten und ihrer Gegenwart entsprechend modellierten, orientierten sich englische Baumeister, weniger elitär, an ländlichen und pragmatischeren Leitbildern von Hydraulik und Gartenkunst.

Zum Abschluss geht Franz-Josef Brüggemeier dem Bau von Abwasserkanälen moderner Industriestädte des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts nach. Er weitet demnach die zeitliche Perspektive aus, stellt aber gleichzeitig vielseitige Querbezüge zu den Entwürfen und Leitbildern antiker Wasserkulturen her. Zwar bezogen sich Obrigkeiten und städtische Eliten in ihren Planungsszenarien auf die römische Antike, für die Verwirklichung der städtischen Kanalbauten des 19. Jahrhunderts waren die antiken Entwürfe jedoch selten handlungsanleitend. In der Baupraxis war vielmehr die Akzeptanz breiter Kreise der lokal verankerten, selbstorganisierten Bürgerschaft entscheidend, die den Plänen der Experten zustimmen mussten. Mit dieser Schlussfolgerung schließt Brüggemeier wiederum an die Ausgangsüberlegungen von Astrid Möller an, die die Wasserbauten im archaischen Griechenland gleichermaßen als kollektive Aufgabe der Polisbürger interpretierte.

Insgesamt ist es Christian Wieland und Sitta von Reden gelungen, einen sorgfältig gearbeiteten und kohärenten Band zusammenzustellen, dessen Beiträge den Umgang mit der Ressource Wasser im Spannungsfeld zwischen ziviler Versorgungsfunktion, aristokratisch-höfischem Repräsentationswillen und symbolischen wie auch konkreten Herrschaftsansprüchen an regionalen Beispielen aus dem europäischen und mediterranen Raum exemplifizieren. Damit schenkt der Band weiterhin den Regionen Aufmerksamkeit, die traditionell im Zentrum der europäischen Wassergeschichtsschreibung stehen. Spannend wäre eine Ausweitung des geografischen Horizonts auf jene Kulturräume – etwa in Asien oder Afrika – gewesen, in denen früher wie heute viel extremere Versorgungsengpässe vorherrsch(t)en. Diese Chance verpasst der Sammelband, dessen Lektüre nichtsdestotrotz wertvolle Anregungen liefert, die historische Reflexion über die knappe und volatile Ressource Wasser im epochenübergreifenden Dialog fortzuführen.

CHRISTIAN ZUMBRÄGEL (WUPPERTAL)

Historische Praxeologie

Lucas Haasis/Konstantin Rieske (Hg.), Historische Praxeologie. Dimensionen vergangenen Handelns, Paderborn (Schöningh) 2015, 243 S., 24,90 €

Kontext des Bandes ist eine Workshopreihe, die im Rahmen des Oldenburger Graduiertenkollegs »Selbst-Bildungen« veranstaltet wurde. Historische Praxeologie soll hier »in ihrer konkreten Handhabe« vorgestellt werden. Versammelt sind neben der programmatischen Einführung acht Beiträge und als Abschluss ein »Runder Tisch«. In der Einführung definieren die beiden Herausgeber Praxeologie als Forschungsansatz, den sie über Muster und Routinen des Alltags charakterisieren: »Die Praxis dokumentiert sich als ein allgemeingültiges, zeiten- und räumeübergreifendes Handlungsmuster der

Epoche«, das weder institutionalisiert noch ritualisiert ist und dem ein eigener »Historizitätswert« und zugleich »Erkenntniswert« zugesprochen wird. Dieser Zugang wirft Fragen auf: Gibt es allgemeingültige Handlungsmuster einer Epoche? Werden Epochen dadurch nicht noch zusätzlich zementiert statt hinterfragt – wozu gerade praxeologische Ansätze eine Werkzeugkiste bereitstellen würden? Welcher Part kommt Differenzkategorien – Stand, sozialer Status, Alter, Geschlecht, Zugehörigkeit, Religion/Konfession etc. – in einem solchen Setting zu? Prägen nicht auch sie Handlungsmuster oder bringen spezifische Handlungsmuster hervor? Ist der situative Charakter des Handelns methodisch integrierbar?

Die Voraussetzung, um von Praktiken der Vergangenheit sprechen zu können, ist der Konzeption von Lucas Haasis und Konstantin Rieske zufolge, dass deren Materialität, Prozessualität und Historizität im Quellmaterial nachvollzogen werden kann. Das Innovationspotenzial dieser Herangehensweise verorteten die Herausgeber im Bestimmen der Elemente vergangener Praktiken und in der Rekonstruktion von deren Relationalität. Schnittstellen zur Praxeologie machen sie in ihrer historiographischen Rückblende in der Mikrogeschichte, der Historischen Anthropologie, der Volkskulturforschung und der Selbstzeugnisforschung aus. Verwiesen wird auch auf die Historische Kriminalitätsforschung; die Geschlechterforschung ist in einer Fußnote erwähnt. Den Unterschied zu diesen – in der Umsetzung und Zielrichtung nicht eindeutig festgeschriebenen, sondern methoden- und ergebnisoffenen – Zugängen sehen die Herausgeber darin, dass es der historischen Praxeologie um eine »konkrete Methodologie« geht, mit der »Praktiken selbst erkennbar, zugreifbar, erklärbar und beschreibbar sind«. Sie fragt nach deren Machart und Ausformungen, um sowohl den Gegenstand als auch die Art und Weise aufzuzeigen, in der der ordnende Charakter vergangener Praxis wirksam wurde und sich verstetigt hat.

Die zentralen Begriffe Materialität, Prozessualität und Historizität werden in der Folge von den Herausgebern durchdekliniert: Materialität bezieht sich auf die materielle Quelle als »Stellvertreter der Praxis« und zugleich als »Partizipant«; Prozessualität drückt sich in der »überindividuellen Gültigkeit« der »Verlaufsformen« von Praktiken aus, die sie von Handlungen unterscheidet. Eine »serielle Strategie mit mikroskopischem Blick«, die Kontextualisierung über weitere Quellen, intertextuelle Verlinkung und Diskursanalyse nennen sie dabei als mögliche Analysewege, um Logik, Wirkung und Bedeutung von Praktiken zu erhellen. Die Historizität hängt von den Wirkungen und Folgen sowie den Sinnbildungsprozessen ab, für die Allgemeingültigkeit als erforderlich erachtet wird. Einzelhandlungen sind dem gegenüber disqualifiziert, denn die wesentliche Frage lautet: »Zu welchen Effekten führt eine Praktik in der Regel?« Damit wird deutlich, dass der zur Debatte gestellte Ansatz primär auf das Regelmäßige und Ordnende zielt. Werden Praktiken damit nicht substantiiert, was gewissermaßen einer Inversion der Praxeologie gleichkäme – etwa in Relation zu Alf Lüdtkes Konzeptionalisierung von »Herrschaft als soziale Praxis?« Jedenfalls vermittelt diese Positionierung den Eindruck eines sehr straff gezogenen Korsetts und wirft weitere Fragen auf. Ordnung ist zweifelsohne eine zentrale und epochenübergreifende Kategorie – doch um wessen Ordnung handelt es sich dabei jeweils? Was ist mit Macht und Hierarchie? Ordnung über »die Häufigkeit spezifischer Handlungen« einzufangen, wodurch diese zu Mustern werden, wirkt allzu schematisch, insbesondere aus der Perspektive der Mikrogeschichte und der Historischen Anthropologie. Die Forderung, Mikrogeschichte auf derart definierte »konkrete Praktiken hin auszurichten«, läge wohl kaum im Sinne ihrer ErfinderInnen. Das Identifizieren von Praktiken kann Ergebnis einer mikrohistorischen Forschung sein, schwerlich deren Ausgangspunkt und heuristischer Zuschnitt. Die Frage ist al-

erdings, was dabei aus dem Blick gerät im Vergleich zu offeneren Ansätzen – den strukturierten Handlungsrepertoires und Handlungsoptionen von Gadi Algazi zum Beispiel oder Latours Konzeptualisierung von Interaktionen als Netzwerk im Raum. Wie historische AkteurInnen zu positionieren sind – als Instrumente der Praktiken? –, wird nicht ganz klar. Und wie viel Raum lässt ein solcher Zuschnitt konkurrierenden Sinngebungen, dem »Eigen«-Sinn, den widerständigen Praktiken, die für die Anfänge praxeologischer Zugänge wesentlich waren? Einzig Nikolaus Buschmann spricht dies in seinem Kommentar zum Runden Tisch an und fordert dem gegenüber zu einer »Historisierung der eigenen analytischen Perspektive« auf, in dem Sinn, dass Widerständigkeit und Überschreitung nicht »zugunsten einer Vorliebe für das reibungslose Funktionieren des Sozialen« ausgeblendet werden sollten.

Der Zusammenhang der darauf folgenden Beiträge mit der Programmatik der Einleitung wirkt zum Teil eher lose, zum Teil überfrachtet. Den Auftakt macht Tim Neu. Er nutzt praxistheoretische Ansätze, um dem »Mikro-Makro-Problem« der Verfassungsgeschichte zu begegnen. Exemplifiziert wird dies am hessen-kasselischen Verfassungskonflikt des 17. Jahrhunderts. Der Autor analysiert Diskurspolitiken und kommunikative Strategien, die mehr als 100 Jahre später das Unterfutter für interessengeleitetes Argumentieren lieferten. Eine Deutungsrichtung hatte sich dabei durchgesetzt; aus einer umstrittenen war eine gängige diskursive Praxis geworden. Neu betont in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, die »Perfomanz von Geltungsansprüchen« einzubeziehen. Als Kontrastfolie wird eingangs André Holensteins »Staatsbildung von unten« dem als top-down charakterisierten Ansatz von Wolfgang Reinhard gegenüber gestellt. Gäbe es nicht auch Zugänge in den Bereichen der Politischen Kommunikation, Repräsentation und Inszenierung oder mikrohistorische Ansätze, die eine mikro-makro-Dichotomisierung gar nicht erst aufmachen oder auflösen?

Annika Raapke unternimmt eine »praxeologische Annäherung an das Schweigen«, und zwar in Zusammenhang mit dem im Herbst 1780 über Martinique hinwegziehenden Hurricane. Während Briefe von Handelsunternehmern, Militärs und Politikern die Katastrophe farbig schilderten, scheint sie in den Schreiben anderer Kolonialbewohner mehrheitlich gar nicht beziehungsweise nur am Rande auf. Die Autorin arbeitet mit dem Ansatz von Theodore Schatzki, der unter Praktiken einen »open-ended, spatially-temporally dispersed nexus of doings and sayings« fasst und Natur als einen mächtigen Faktor »in der Etablierung, aber auch in der Auflösung von Arrangements und Praktikbündeln« integriert. Raapke erklärt das Schweigen mit unterschiedlichen Sprechpositionen und Sprechverortungen sowie mit daran geknüpften unterschiedlichen »Verstehensregistern«. Zu bedenken wäre allerdings, dass VerfasserInnen von Briefen – wie aus Migrations- und Kriegszusammenhängen bekannt ist – am selben Tag an verschiedene Personen völlig Unterschiedliches, mitunter Konträres kommunizierten. Die Inhalte waren davon bestimmt, an wen der Brief gerichtet war und wen man mit schlechten Neuigkeiten nicht in Angst und Sorge versetzen wollte.

Anne Mariss geht dem Sammeln von Mineralien als einer wissenschaftlichen Praxis im 18. Jahrhundert nach und stellt dabei das Agieren von Johann Heinrich Forster in den Mittelpunkt. Der Fokus liegt auf den Praktiken und Strategien, die dieser einsetzte, um sein Mineralienkabinett zusammenzustellen. Als wesentlich erwiesen sich Beziehungen zu Gelehrten und Netzwerke, über die er Informationen erhielt, Sammlungsobjekte tauschte und erwarb. Nur dadurch war eine systematische Sammlung dieser Größenordnung möglich. Die Perspektive ist demnach auf das Herstellen von Wissen gelenkt. Der Beitrag stellt einmal mehr die soziale, kulturelle, räumliche und materielle Bedingtheit von Wissenschaft heraus.

Jörn Eiben zeichnet den Prozess der Verbreitung des Fußballspiels zwischen 1880 und dem Ersten Weltkrieg auf Basis von zeitgenössischen Spielanleitungen nach. Diese erklärten nicht nur die Regeln, sondern hatten auch Positionen, Materialien und Körpertechniken sowie historische Exkurse zum Inhalt. Eibens Zugriff erfolgt über zwei Schienen: zum einen über die »Verdichtung des Fußballs zu einer Entität«, also entlang der Frage, wie sich die einzelnen Elemente zu einem Ganzen verknüpften, und zum anderen über die »Verhaftungen des Fußballs zu einer Praktik«. Ersteres filtert er aus Schilderungen prototypischer Verläufe des vielfach in soldatisch-kriegerischem Vokabular beschriebenen Kampfgeschehens heraus; letzteres setzt bei der Art und Weise an, wie die Fußballer ins Spiel gebracht wurden und interagierten.

Julia Breitruck rekonstruiert die Praktik des Dressierens von Singvögeln zwischen dem 17. und 19. Jahrhundert, für die unterschiedliche Instrumente verwendet wurden. Der praxeologische Zugang soll hier den Blick auf den Alltag lenken und für den Wandel soziokultureller Deutungen öffnen. Ziel ist, das Prozessuale in seiner Hervorbringung und Umsetzung sichtbar zu machen.

Anhand von Quellenmaterial aus Zürich fragt Jose Cáceres Mardones nach der Bedeutung von »Bestialität«, wie Sex mit Tieren in der Frühen Neuzeit bezeichnet wurde. Sein Ausgangspunkt ist, dass sich die Bedeutung einer Handlung, in *doings* und *sayings* gefasst – auch er bezieht sich hier auf Schatzki –, innerhalb der Organisation der Praxis artikuliert, und zwar in Form von Vorstellungen, Regeln und Struktur. Auf diese Weise sollen Prozeduren des Sinngebens und des Einordnens in heteronormative Ordnungen deutlich werden.

David Sittler untersucht für Chicago in der Zeit von 1900 bis 1930 mediale Praktiken des Herstellens von Selbstbildern. Seine Frage zielt auf das urbane Selbstverständnis einer rasant wachsenden Metro-

pole und deren Bewohner – alles Männer, darf hier nachgefragt werden? Sein Zugang ist mit Straßenbildern untermalt und untermauert, die Straße ist als Medienensemble konzipiert. Sittlers These ist, dass alle, die sich hier bewegen – mit oder ohne Kamera, intendiert oder nicht – ständig Bilder produzieren und reproduzieren und dabei Stereotypen, sowohl sich selbst als auch ihr Gegenüber betreffend, stabilisieren. Als Differenzierungskategorien kommen sozialer Status, Bildung und *race* zum Einsatz.

Mareike Böths befasst sich mit dem Projektieren und Planen des Glücks am Ende des 18. Jahrhunderts. Jede Epoche schafft sich aus ihrer Sicht zentrale Grundbegriffe. So steht hier der männlich gedachte Bürger – als Adressat und Träger – des aufklärerischen Glück(seligkeits)diskurses im Zentrum des Interesses. In ihm vereint sich die bürgerliche Subjektkultur mit Vorstellungen der Gesellschafts- und Staatsordnung. Ziel des Beitrags ist, explorativ nach Bedeutung und Stellenwert von Praktiken in den Glücksemantiken der Spätaufklärung zu fragen und eine praxeologische Lesart normativer Schriften – politische Ökonomie, bürgerliche Erbauungs- und Anstandsliteratur – zu erproben. Diese Herangehensweise ist vom Ansatz her vielversprechend; knapp 15 Seiten Text bieten jedoch zu wenig Raum. Etliche Beiträge enden so auch mit Ausblicken auf weiterführende Perspektiven.

Die TeilnehmerInnen des »Runden Tisches« – Nikolaus Buschmann, Dagmar Freist, Marian Füssel, Frank Hillebrandt und Achim Landwehr – bilanzieren auf Grundlage einer E-maildiskussion Stand und Potenziale, Herausforderungen und Umsetzungsmöglichkeiten des praxeologischen Ansatzes. Unter anderem werden Fragen der Beobachtbarkeit von Praktiken, der Kontinuität von Formen bei sich ändernden Inhalten und nach der situativen Handlungsträgerschaft aufgeworfen. Methodenoffenheit wird angemahnt und vor einem methodischen »Überbietungsmodus« gewarnt. Damit klingen deutliche Zweifel

an der mit soziologischer Strenge durchkomponierten Methodologie und deren Umsetzung in den einzelnen Beiträgen an. Die theoretisch breit gestützten methodischen Ambitionen der Herausgeber und der AutorInnen sind grundsätzlich sehr zu begrüßen. Die Lektüre des Bandes hinterlässt jedoch gewisse Ambivalenzen. Ordnung wandelt sich, so der Eindruck, von einer Kategorie zu einer Methode und rückt das An- und Einordnen gegenüber einem vertieften historischen Verständnisgewinn allzu sehr in den Vordergrund. Theodore Schatzkis Ansatz, der verschiedentlich als Referenz dient, steht in seiner situativen und offenen Ausrichtung damit letztlich in einem Gegensatz zu diesem Ordnungsentwurf.

MARGARETH LANZINGER (WIEN)

■ Cultures of Conflict Resolution

Stephen Cummins/Laura Kounine (Hg.), Cultures of Conflict Resolution in Early Modern Europe, Farnham (Ashgate) 2016, 304 S., 95 £.

Disputes and Settlements – Law and Human Relations in the West: Unter diesem Titel präsentierte ein von John Bossy im Jahre 1983 herausgegebener Sammelband methodische Grundsatzüberlegungen und zahlreiche Fallstudien aus dem Bereich der *legal anthropology*. Den Vertretern dieses Forschungsansatzes ging es darum, die üblicherweise auf außereuropäische Kulturen angewandte ethnologisch-anthropologische Perspektive mit ihrem heuristisch wie auch hermeneutisch entwickelten Gespür für das »ganz Andere« in einem Kernbereich der europäischen Historiographie nutzbar zu machen: die Entwicklung des modernen Staates sowie der dazugehörigen staatlichen Rechtssysteme. Vor dem Hintergrund dieses *anthropological turn* rückten verstärkt alternative Formen und die konkreten Praktiken der Konfliktlösung mit ihrer Prägung durch die jeweiligen Akteure – jenseits oder in Ergänzung zu den

sich herausbildenden staatlichen Institutionen und Verfahren – und damit wiederum auch bisher kaum genutzte oder neu »gegen den Strich« gelesene Quellenbestände in den Fokus der historischen Forschung.

Stephen Cummins und Laura Kounine knüpfen mit ihrem Sammelband über *Cultures of Conflict Resolution in Early Modern Europe* explizit an John Bossys *Disputes and Settlements* an. Die traditionellen Narrative über den Aufbau eines staatlichen Gewaltmonopols im Europa der Frühen Neuzeit – in Verbindung mit solchen Konzepten wie »Zivilisierung« oder »Verrechtlichung« – werden zwar nicht immer radikal in Frage gestellt, aber sämtliche Beiträge des Bandes verkünden mehr oder weniger deutlich die Absicht, althergebrachte Teleologien und Engführungen zu dekonstruieren. In einer differenzierenden Perspektive ergibt sich sodann ein Gesamtbild, das von einer reichen Vielfalt unterschiedlichster Ansätze zur Konfliktlösung in einer ebenso reichen Vielfalt von politischen, sozialen, kulturellen oder auch konfessionellen Kontexten geprägt ist. Zwischen der Einführung von Cummins/Kounine und dem kurzen Schlusswort von Stuart Carroll entfalten insgesamt zehn Beiträge – verteilt auf drei thematische Blöcke – ein breites Panorama von Praktiken der Friedensstiftung, Diplomatie, Mediation und Rechtsprechung.

Im ersten, unter dem Motto *Rethinking Disputes and Settlements* stehenden Themenblock, befasst sich John Jordan mit Kernbegriffen und methodologischen Problemen der *legal anthropology*. Als zentral erscheint dabei die Schwierigkeit, auf der Grundlage von Konzepten wie *legal pluralism* oder dem von Sally Engle Merry geprägten Begriff der *normative orders* die Komplexitäten dessen, was »Recht« bedeuten kann, im Blick zu behalten und dabei eine operationalisierbare Unterscheidung von »Recht« und »Nicht-Recht« zu entwerfen, gerade dann, wenn dies im Zusammenhang mit der Untersuchung außereuropäischer Kulturen geschieht. Die Frage, inwieweit hierbei die Überwindung

einer eurozentrischen Sichtweise möglich ist, bleibt für den vorliegenden Band allerdings rein theoretisch, da keiner der hierin versammelten Beiträge den Rahmen der europäischen Tradition wirklich verlässt, selbst wenn Tara Alberts mit ihren Überlegungen zu den Kompetenzstreitigkeiten zwischen weltlichen und geistlichen Amtsträgern in den portugiesischen Kolonien einen Abstecker nach Südostasien unternimmt.

Im Beitrag von John Jordan wird außerdem deutlich, wie stark das Feld der *legal anthropology* von Wissenschaftler_innen aus dem englischsprachigen Raum geprägt ist, wenngleich der Resonanzraum dieses Ansatzes sich stetig erweitert hat und mittlerweile auch in die deutschsprachige Forschung hineinreicht. Hier waren freilich – Jordan selbst lässt dies nicht unberücksichtigt – im Bereich rechtssoziologisch inspirierter Studien zur »Justiznutzung« sowie unter dem Stichwort der »Rechtskulturen« ebenfalls alternative Sichtweisen auf das Verhältnis von Staat, Recht und Gesellschaft erarbeitet worden; zu verweisen wäre auch auf das aus der französischen Strafrechtsforschung stammende Konzept der *infrajustice*, in dessen Kontext die Flexibilität juristischer Prozessformen und ihre Anschlussfähigkeit für außer- oder vorgerichtliche Schlichtungsverfahren betont wurde. Marco Cavarzere greift dagegen in seiner Darstellung der Parteien- und Familienkämpfe in der italienischen Stadt Pistoia die Verbindungsmöglichkeiten von *legal anthropology* und »Mikropolitik« auf. In der mitunter sehr dichten Beschreibung »vormoderner« Politikformen und der Versuche der toskanischen Herzöge, auf die Auseinandersetzungen in Pistoia Einfluss zu nehmen, wird ersichtlich, dass die Durchsetzung »staatlicher« Normen ohne ein sensibles Austarieren von Machtbalancen oft nicht möglich war.

Christian Schneider leitet den zweiten Themenblock zu unterschiedlichen Formen der Konfliktlösung ein. Er untersucht in seinem Beitrag, wie die Päpste des späten 15. bis 17. Jahrhunderts – als kaum jemals

neutrale Akteure der »internationalen« Politik – ein immer wieder zwischen unterschiedlichen Variationen des Richtens und Schlichtens pendelndes Selbstverständnis an den Tag legten. Die von Schneider analysierte Verwendung solcher Begriffe wie *iudex*, *arbiter* oder *mediator* in diplomatischen Korrespondenzen der Frühen Neuzeit zeigt auf, dass die entsprechenden Rollenbilder immer wieder neu definiert und an die jeweilige Konfliktsituation angepasst wurden. In Christian Kühners Betrachtung informeller Versöhnungspraktiken im französischen Hochadel spielen prägende normative Kategorien wie Ehre und Rang eine wichtige Rolle. Wenig überraschend erscheint das aus den Einzelfällen herausdestillierte Fazit, dass eine Versöhnung je nach Geschicklichkeit der Vermittler und nach Bereitschaft der Kontrahenten gelingen konnte oder eben auch nicht. Ungewöhnlich ist dann eher Nikolas Funkes Plädoyer für eine grundlegende Revision unserer Sichtweise von konfessionellen Konflikten in der Frühen Neuzeit. Aufgrund der These, dass ausgerechnet Angehörige des Militärs (militärische Einheiten waren im »Zeitalter der Konfessionskriege« sehr häufig multi-konfessionell zusammengesetzt) auf eine sachlich-tolerante Art und Weise mit Glaubensunterschieden umzugehen wussten, fordert Funke, dass das gewaltsame Hervortreten konfessioneller Gegensätze nicht als Regel, sondern als Ausnahme angesehen werden sollte: Friedliche Koexistenz musste erarbeitet werden, war aber immer möglich.

Die Aufsätze des dritten Themenblocks richten ihr Hauptaugenmerk auf die durch juristische Institutionen und Prozessformen geprägten Strukturen sowie die Funktionalität oder Dysfunktionalität bestimmter Verfahren. Auch hier finden sich durchgehend interessante Betrachtungen, die auf eine thematische Vertiefung neugierig machen, selbst wenn die programmatisch verkündeten Zielsetzungen nicht immer überzeugend eingelöst werden. Tom Hamilton beispielsweise behauptet in seinem Beitrag über die vom Pariser *parlement* im Zeitalter der

Glaubenskriege verkündeten Todesurteile: »[T]his chapter explores the inadequacies of state-directed conflict resolution in practice«. Es folgen Ausführungen über die Schwierigkeiten, mit denen das höchste französische Gericht vor allem in den Jahren 1588-1594, als Paris unter der Kontrolle der katholischen Liga stand, zu kämpfen hatte – Schwierigkeiten, die freilich weniger mit inhärenten Defiziten des Gerichtssystems als vielmehr mit der außergewöhnlichen Situation eines religiösen Bürgerkriegs zu tun haben dürften. Wie Laura Kounine und Gabriella Erdélyi feststellen, waren solch unterschiedliche juristische Verfahren und Praktiken wie Hexenprozesse oder päpstliche Absolutionsbriefe für Geistliche in gemeinschaftliche Zusammenhänge eingebunden, wo es auf alltägliches »Konfliktmanagement« ankam. Stephen Cummins beleuchtet schließlich das Problem, dass gerade infrajustizielle Praktiken wie eine außergerichtlich eingeholte, aber gerichtlich bestätigte Vergabung auf sozialen oder schlicht finanziell begründeten Machtgefällen beruhen konnten. Dass auch auf solche Ambivalenzen aufmerksam gemacht wird, gehört sicherlich nicht zu den geringsten Verdiensten dieses ausgewogenen und insgesamt sehr lesenswerten Bandes.

MIRCEA OGRIN (FRANKFURT AM MAIN)

■ Musik und Männlichkeiten in Deutschland seit 1950

Marion Gerards/Martin Loeser/Katrin Losleben (Hg.), *Musik und Männlichkeiten in Deutschland seit 1950. Interdisziplinäre Perspektiven (Beiträge zur Kulturgeschichte der Musik; Bd. 8)*, München (Allitera) 2013, 351 S., 32,00 €

Das Erscheinen dieses Sammelbandes ist in doppelter Hinsicht erfreulich. Zum einen, weil er ein Forschungsdesiderat zu beseitigen hilft: Während sich die musikwissenschaftliche Genderforschung bisher weitgehend Frauen in ihren historischen und sozialen

Wirkungsfeldern zugewandt hat, wurde die Frage nach ›Männlichkeit und Musik‹ nur beiläufig gestellt. Dieser Befund muss insofern Erstaunen hervorrufen, als es allzu offensichtlich ist, wie sehr das Denken über Musik in Vergangenheit und Gegenwart von stereotypen Männlichkeitsbildern geprägt ist. Doch die Musikwissenschaft scheint in ihrer Reserviertheit gegenüber dem Themenfeld ›Mann‹ durchaus kein Sonderfall zu sein. Denn dieses sei, wie es Stefan Horlacher in seinem einleitenden Forschungsüberblick herausstellt, generell in den Sozialwissenschaften bislang eher sporadisch bedacht worden. Erst seit 15 bis 20 Jahren würden »die männliche Psyche und Subjekt-konstitution zunehmend in den Blickpunkt wissenschaftlicher Beobachtung« gerückt.

Im ersten Abschnitt des Bandes führen drei Einführungsbeiträge in aktuelle Problemfelder ein, die unter der Überschrift »Perspektiven« insgesamt einen sehr instruktiven Forschungsbericht leisten. Hervorzuheben ist hier der erwähnte Beitrag von Horlacher, der als Literaturwissenschaftler in das weite Spektrum der Problemhorizonte und in die Geschichte der Männlichkeitsforschung einführt. In einem zweiten Abschnitt, überschrieben mit »Personen – Institutionen – Instrumente – Genres«, gehen die Autor_innen in ihren Beiträgen »auf die konkrete Spurensuche nach musikalischen Repräsentationen von Männlichkeiten«. Dieser Abschnitt liefert eine große thematische und methodische Breite, sodass die Leser_innen einen instruktiven Überblick über mögliche Forschungsgegenstände erhalten. Hier gibt es ebenso Überlegungen zur alpenländischen Volksmusik (Gerlinde Haid) wie zum Gangsta Rap (Martin Seeliger) oder zum Heavy Metal (Florian Heesch). In einem dritten und abschließenden Abschnitt fragen die Autor_innen »nach den Konsequenzen, die aus dem Wissen um die soziale und kulturelle Konstruktion der Kategorien Männlichkeit und Weiblichkeit für eine gendersensible Musikpädagogik und Jugendarbeit erwachsen«. Themen sind hier

etwa Lernprozesse in der Pop-Musik (Ilka Siedenburg) oder die Arbeit mit Kinder- und Jugendbands (Judith Müller).

Zum anderen zeichnet sich dieser Band durch seinen inhaltlichen und methodischen Pluralismus aus. Die Vielfalt menschlicher Ausdrucksformen und artifizierter Praktiken nicht nur um der politischen Korrektheit Willen anzuerkennen, sondern in konkrete Forschungsergebnisse münden zu lassen, kann gar nicht genug gewürdigt werden. Wurde früher »Männlichkeit«, so Horlacher, »in den meisten Studien noch im Singular gedacht, [...] so betont die aktuelle, vor allem anglo-amerikanische Männlichkeitsforschung die Heterogenität von Männlichkeit, ihre Differenz und Vielfalt«.

Die Beiträge des Bandes spiegeln diese Heterogenität wider: So fragt etwa Irving Wolther nach der Rezeption des Eurovision Song Contest unter homosexuellen Männern und geht vielfältigen und komplexen Rezeptionsmechanismen auf den Grund, um nicht zuletzt gegen die versimplifizierende Ansicht Stellung zu beziehen, der (vermeintlich) schwule Fan interessiere sich im Allgemeinen nicht für Rockmusik, sondern allein »für die Lieder der beim ESC dominierenden Sängerinnen, die ihm zudem als Identifikationsfigur dienen«. Doch wird Männlichkeit nicht allein als ein Phänomen betrachtet, das rein diskursiv über Musik hergestellt wird, sondern auch über bestimmte Techniken des Komponierens und Musizierens. Martin Loeser untersucht hierzu Lieder von Marius Müller-Westernhagen und Herbert Grönemeyer, in denen er nachweist, wie Männlichkeit von der Musik selbst inszeniert wird, indem musikalischer Ausdruck sensibel mit der Textvorlage korrespondiert. Musik erscheint als Mittel zur Versinnlichung verschiedener Typen oder Ausprägungen von Männlichkeit.

Nina Noeske zeigt anhand der Beethoven-Rezeption in der ehemaligen DDR, wie sehr sich die Dominanz des Männlichen samt der von ihm erzeugten Bilder – wie die Inszenierung eines »männlichen« Beethoven

zur Feier seines zweihundertsten Geburtstags 1970 – gegenüber politischen und ideologischen Unterschieden als indifferent erweisen. Vorstellungen von Männlichkeit, des körperlich und geistig Überlegenen würden politisch funktionalisiert. »In einem Kalten Krieg lag es«, so Noeske, »auch auf musikalisch-kulturellem Gebiet nahe, sich des hegemonialen Diskurses zu versichern, um die eigene Vorherrschaft im Systemkonflikt festzuschreiben«. Als ein Beispiel führt sie die »Wortwahl, Argumentationsstruktur und Zielrichtung der wissenschaftlichen Beiträge« an, die zum Ostberliner Beethoven-Kongress 1970 erschienen sind. Dass bestimmte Männlichkeitsbilder oder -inszenierungen Folge vorgelagerter sozialer Praktiken sein können, zeigt Malte Friedrich in seinem aufschlussreichen Beitrag über »Sexismus und Affirmation im HipHop«. Ihm zufolge muss Musik im Kontext bestimmter »Szenepraktiken« gesehen werden, um ihren »Stellenwert und ihre Wirkung« kritisch beurteilen zu können. Seine Pointe lautet, dass der »Gewalt- und Sexismusvorwurf« zwar zu Recht gegen bestimmte Textinhalte erhoben wird, zugleich aber irreführend sei, weil mit diesen Texten nicht in erster Linie andere abgewertet werden sollten. Es gehe in ihnen statt dessen zunächst darum, »eine vollständig beherrschbare Welt zu imaginieren«, was traditionell freilich als geradezu prototypisch für »Männlichkeit« gelten kann.

Ohne hier auf Kontroversen eingehen zu können, die sich im Zuge des sogenannten Performative turn in den Kulturwissenschaften entwickelt haben, so scheint doch eine knappe methodologische Überlegung angebracht zu sein: Die Sprache und Rhetorik, die der Leserin und dem Leser gleich zu Beginn begegnen und Teile dieses Bandes bestimmen, evozieren die Sphäre des Schauspiels. So geht es um »Inszenierungen und Aushandlungen von Männlichkeiten im Bereich der Musik«, um »Performanz, Performativität und Performance von Geschlecht«; die Menschen werden zu Akteuren, die in »gesellschaftlichen Spielfeldern« Männlichkeit oder einen »männlichen Habitus« »per-

formieren«. Den Autor_innen geht es um »den angemessenen Nachvollzug der mit dem doing gender verbundenen vielschichtigen (historischen und künstlerischen) Prozesse der Konstruktion und Inszenierung weiblicher und männlicher Identitäten«. Diese Rhetorik suggeriert die Vorstellung eines Subjekts, das sich nicht aus dem Spannungsverhältnis von Autonomie und Heteronomie konstituiert, sondern das vollständig in einem Netz sprachlicher und sozialer Strukturen verschwindet: Jemand, der lediglich etwas aufführt, also »performiert«, tritt nicht als er selbst in Erscheinung, er handelt nicht selbst, sondern ist der Ausführende, der »Akteur« übergreifender Determinanten. Und sollte das Subjekt dennoch als wenigstens partiell selbstbestimmt handelndes begriffen werden, so besteht dieses Handeln aber allein im »Inszenieren«; auch dann scheint ein autonom handelndes Subjekt verborgen zu bleiben – dies legt zumindest eine Rhetorik nahe, die allzu stark vom Begriffsfeld des bloß Performativen geprägt ist.

Allerdings ist der Rekurs aufs Performative dennoch gut begründet. Männlichkeit erscheint zwar nun als Maske, hinter der ein autonomes Subjekt verborgen bleibt, doch signalisiert der Rekurs aufs Performative auch die sozialwissenschaftlich unhaltbare Annahme eines wesenhaft »Männlichen«. Dass die Autor_innen nirgendwo die Existenz, sondern allein die »Konstruktion« von Männlichkeiten postulieren, bedeutet einen Gewinn, der die Kehrseite des unausgewogenen Verhältnisses zwischen Autonomie und Heteronomie mehr als aufwiegt: Dieser ist die Folge eines nicht zuletzt auch von der Wissenssoziologie wesentlich mit verursachten Fortschritts der Sozialwissenschaften, die den naiven Glaube, vom Wesen einer Sache wissen zu können, aufgegeben haben. Dieser Glaube ist der methodischen Vorsicht gewichen, zunächst auf die sozialen Praktiken zu rekurrieren, die diese Sache herstellen.

»Männlichkeit«, wie sie von den Sozialwissenschaften behandelt wird, ist durch und durch das Resultat sozialer Praxis. Die Rück-

führung eines kulturellen, vom Menschen hergestellten Phänomens auf eine – letztlich nur imaginierte – »Natur« der Dinge oder des Menschen kann in letzter Konsequenz zu ihrer unhaltbaren Rechtfertigung oder Verurteilung führen. Vollkommen zu Recht kritisiert Katrin Losleben essentialistische Geschlechterstereotype etwa bei Susan McClary.

Wissenschaftstheoretisch führt die Annahme der sozialen Konstruiertheit der Männlichkeit indes in eine Verlegenheit. Denn es sind unendlich viele positive Belege dafür denkbar, dass »Männlichkeit« allein aus sozialen und diskursiven Praktiken resultiert. Doch ist diese Annahme im Sinne Karl Poppers nicht falsifizierbar. Mit den Methoden der Sozialwissenschaften ist die Erkenntnis eines genuin »Männlichen«, das nicht Konstrukt oder Effekt einer sozialen Praxis ist, nicht möglich, weil sich jede Deutung von Männlichkeit als Sein und nicht als Performanz oder Inszenierung mit dem Verweis auf ihre ideologischen und kulturell determinierten Voraussetzungen aus den Angeln heben lässt.

So kann dort, wo es um das Verstehen einer sozialen Praxis geht, von »der« Männlichkeit nicht die Rede sein. Hierfür zu sensibilisieren, ist ein wichtiges Verdienst der Beiträge dieses Bandes, ebenso wie ihre thematische Breite und methodische Heterogenität, mit der sie Impulse für ein bislang zu wenig erschlossenes Forschungsfeld liefern.

ANDREAS DOMANN (KÖLN)

■ Gegengeschichte

Peter Hallama/Stephan Stach (Hg.), Gegengeschichte. Zweiter Weltkrieg und Holocaust im ostmitteleuropäischen Dissens (Schriftenreihe der Societas Jablonoviana; Bd. 3), Leipzig (Leipziger Universitätsverlag) 2015, 294 S., 29,00 €

In seiner Vorlesung am Collège de France am 28. Januar 1976 betonte Michel Foucault, dass der »neue historische Diskurs

als Gegen-Geschichte zur römischen Geschichte herangezogen werden [kann]: In diesem neuartigen Diskurs verändert nämlich die Funktion der Erinnerung gänzlich ihren Sinn. In der Geschichte römischen Typs hatte die Erinnerung wesentlich das Nicht-Vergessen sicherzustellen – d.h. die Bewahrung des Gesetzes und die ständige Steigerung des Glanzes der Macht, solange sie besteht. Hingegen geht es der neuen Geschichtsschreibung darum, etwas freizulegen, was verborgen war – verborgen nicht nur im Sinn von vernachlässigt, sondern von sorgfältig, bewusst und böswillig verschleiert und entstellt.«

Nun geht es dem aus einem Projekt der »Geschichtswerkstatt Europa« hervorgegangenen Band von Peter Hallama und Stephan Stach zwar nicht vornehmlich um dichotome Auseinandersetzungen zwischen einer alten und neuen Historiographie in den kommunistischen Staaten Ostmitteleuropas, jedoch umso mehr um Mechanismen des Herausschälens von Vernachlässigtem, Beschwiegenem, Tabuisiertem. Gegengeschichte verstehen die Herausgeber – in Modifizierung von Foucaults Verständnis als *neuer Geschichte* – nicht ausschließlich als eine gegen die vorherrschenden, regimekonformen Narrative der Vergangenheit gerichtete Geschichte, sondern als die Gesamtheit der nicht staatlich reglementierten Formen von Auseinandersetzung mit Geschichte. Die durchaus heterogenen Akteure des Dissenses, umfassend als »alternative Kultur« verstanden, bereiteten der »Rückkehr der Geschichte« nach 1989 bereits zuvor im Staatssozialismus den Weg, wodurch die Gesellschaft in Teilen für differente Lesarten sensibilisiert worden war. Durch die Konfrontation der staatlichen »Lügen« mit der eigenen, vermeintlichen »historischen Wahrheit« ging eine Legitimierung der oppositionellen Tätigkeiten einher, wobei eine *invention of tradition* mit Bezug zur vorkommunistischen Zeit oft eine wichtige Rolle spielte. Der Schwerpunkt des Bandes liegt auf dem Umgang der Akteure des Dissenses mit dem Zweiten Weltkrieg

und dem Holocaust, obwohl – wie die Autoren anmerken – natürlich nicht nur diese Themenfelder umstritten waren und einer Instrumentalisierung anheimfielen.

Eine antitotalitäre Gegengeschichte wurde dabei zur Delegitimierung des Systems und Konstitution einer neuen Nationalgeschichte nutzbar gemacht, wie es auch andere neuere Forschungen herausstellten (etwa von Brier, Feindt, Kopeček und anderen). Die Konstruktion einer doppelten Opferrolle der ostmitteleuropäischen Gesellschaften diente dabei unter anderem zur Selbstvergewisserung der eigenen dissidenten Rolle im herrschenden System. Wie die Herausgeber des Bandes betonen, sei mit Ausnahme der Opposition in der DDR die Frage nach eigener Schuld oder Mitverantwortung fast ausschließlich auf die Nachkriegszeit, also auf Vertreibungen, den Aufbau der kommunistischen Herrschaft sowie stalinistische Verbrechen bezogen worden und kaum auf eine etwaige Beteiligung an Verbrechen im Zweiten Weltkrieg. Die Pluralisierung der Meinungen in den 1980er Jahren sei Grundlage für das Auseinanderdriften der Opposition nach 1989 in fast allen ostmitteleuropäischen Staaten gewesen, gleichzeitig aber auch für das Entstehen einer Zivilgesellschaft. Im Kontext von oppositioneller Mobilisierung und Zugeständnissen des Regimes werden im Band daher auch Widersprüche und Dissens innerhalb des Dissenses anschaulich herausgearbeitet. Regional liegt in den zehn Beiträgen ein ganz klarer Schwerpunkt auf Polen und der Tschechoslowakei, wobei in zwei Fällen die DDR als Vergleichsobjekt zum polnischen Fall herangezogen wird. Allein im abschließenden Beitrag wird der ungarische Samizdat behandelt.

In ihrer Fallstudie zur Symbolik der polnischen Opposition in den 1980er Jahren beschreibt Silke Plate anhand von durch den Untergrund herausgegebenen Briefmarken des sogenannten Zweiten Umlaufs (*drugi obieg*) oppositionelle Geschichtsdebatten über die Zweite Polnische Republik. Durch die Produktion von Briefmarken mit Moti-

ven aus der Zwischenkriegszeit und damit von Kopien hoheitlicher Symbole eines souveränen Staates sei die Legitimität der kommunistischen Volksrepublik in Frage gestellt worden, da sie als Fremdherrschaft im eigenen Staat erschien. Auch wenn die Marken keine postalische Funktion besaßen, hatte ihr Sammeln doch gemeinschaftsstiftende Wirkung und letztlich gelang es, Zugeständnisse von staatlicher Seite zu erzwingen: 1988 griff erstmals auch die offizielle polnische Post Motivik aus der Zeit der Zweiten Republik auf. Christhardt Henschel betont in seinem Vergleich der Widerstandsbewegung(en) der DDR mit jenen in der Volksrepublik Polen die unterschiedlichen Bezugspunkte oppositioneller Geschichtsnarrative in beiden Ländern. Die DDR-Dissidenten stellten das antifaschistische Masternarrativ des Systems weniger grundsätzlich in Frage, wenngleich sie es zunehmend als »rhetorische Hülse« entlarven konnten. Ihre Positionen standen damit nicht so diametral wie die der Dissidenten im Nachbarland der staatlich verordneten »Geschichtsmythologie« entgegen. Dort habe Pragmatismus von Seiten des Regimes bewirkt, dass immer mehr Elemente einer Gegenerinnerung in die offizielle Geschichtspolitik eingeflossen seien.

Explizit mit der Bedeutung von Gegendiskursen in Polen setzen sich Florian Peters und Joanna Urbanek am Beispiel der Auseinandersetzungen um den nichtkommunistischen Untergrundstaat, die polnische Heimarmee (*Armia Krajowa*) und den Warschauer Aufstand im Zweiten Weltkrieg auseinander. Sie fragen nach deren Bedeutung als Mechanismen der Selbstvergewisserung und Identitätsstiftung für die Opposition und konstatieren, dass die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte maßgebliche Antriebskraft für die sehr heterogene Opposition gewesen sei – mehr noch als ökonomische oder humanitäre Problemfelder. Sie gehen zugleich darauf ein, dass die untersuchten Themenkomplexe – wenn auch mit anderen Akzentuierungen – ebenfalls in der offiziellen Geschichtserzäh-

lung seit den 1960er Jahren auftauchten, als das nationalkonservative Lager in den Reihen der polnischen Kommunisten dominierte.

Alena Fialová betrachtet tschechische Autoren von Prosawerken des offiziellen Literaturbetriebs, des Exils sowie des auch nach der »Normalisierung« in den 1970ern im Land verbliebenen Samizdat. Ironie, Paradoxien und die Darstellung des Privaten im Kontext des »Großen« in der Geschichte waren prägend für die Literatur des tschechischen Dissenses, wobei nicht die Kriegszeit und der Holocaust, sondern die Zeit des Stalinismus der Hauptbezugspunkt ihrer Produktion gewesen sei. Die Erinnerung an die Rolle der Roten sowie der US-Armee in Böhmen 1945 beleuchtet Adam Dobeš näher. Erst im Umfeld der Charta 77 sei eine gewisse Korrektur der offiziellen Darstellungen der Ereignisse um den Prager Aufstand von 1945 überhaupt denkbar geworden. Jedoch auch dann wurden einer »alternativen Erinnerungskultur« nahezu keine Zugeständnisse seitens der Partei gemacht und bis 1990 Gedenkfeiern regelmäßig bzw. verhindert.

Anschaulich beschreibt Sabine Stach die Symbolhaftigkeit des 17. Novembers (1939) in der Tschechoslowakei, seine Rezeptionsgeschichte und die mobilisierende Wirkung der Erinnerung an diesen Tag. Gerade die Umdeutung von im offiziellen Kalender vorhandenen Erinnerungstagen durch die Opposition konnte eine große Breitenwirkung erzielen. Die Jahre 1968/69 sowie die der »Samtenen Revolution« Vorschub gebende Studentendemonstration im November 1989 finden dabei besondere Beachtung der Autorin. Sie geht aber auch darauf ein, dass das diese Erinnerung prägende studentische Märtyrermotiv später zwar nur noch eine untergeordnete Rolle gespielt habe, der in seinem Erinnerungsgehalt mehrfach überschriebene Tag aber bis heute identitätsstiftende Wirkung entfalte.

Bianca Hoenig stellt in ihrem Beitrag polnische (Jan Józef Lipski) und tschecho-

slowakische (Ján Mlynárik) Exilstimmen zum Komplex der Vertreibung der Deutschen als Musterbeispiel für eine kritische und konstruktive Gegengeschichtsschreibung vor, die die herrschende sozialistische Lesart seit Ende der 1970er Jahre direkt in Frage stellten. Trotz sehr unterschiedlicher Erfahrungen der jeweils eigenen Gesellschaften sei der dramaturgische Umgang mit jener »Tragödie« erstaunlich ähnlich gewesen. Hiermit habe auch der Platz der eigenen Nation in Europa neu definiert werden sollen. Stephan Stach schildert hingegen eindrücklich, wie der Umgang mit der Erinnerung an den Holocaust in Funktion und Reichweite in der DDR und Volksrepublik Polen variierte. Er betont vor allem, dass das Holocaustgedenken im offiziellen Diskurs nie im Mittelpunkt stand, sondern in der DDR von antifaschistischer Rhetorik und in Polen von der Exponierung der eigenen nationalen Opferrolle überlagert wurde. Parallele, »unabhängige« Gedenkfeiern, wie zum Beispiel an den Warschauer Ghettoaufstand oder die Pogromnacht, waren nicht explizit gegen das Regime gerichtet, konnten aber implizit Widersprüche in dessen propagiertem Geschichtsbild entlarven.

Peter Hallama analysiert die Bedeutung der negativen »Kehrtwende« 1968 für die Entwicklung des tschechischen »historischen Samizdat«, insbesondere mit Hinblick auf die Thematisierung des Holocaust. Anders als nicht selten behauptet, könne allerdings in der Folge nicht von einer Tabuisierung der Thematik ausgegangen werden. Eine Herausstellung von individuellen Schicksalen und Lebensgeschichten war besonders in belletristischen oder autobiographischen Formen möglich und konnte somit implizit einer (partikularen) »Vergangenheitsbewältigung« Vorschub leisten und damit der »antifaschistischen Meistererzählung« widersprechen, die historiographische Texte – mit Ausnahme von Übersetzungen fremdsprachiger Publikationen – kaum antasteten. Hallama betont, dass eine Universalisierung des Holocaust und sein He-

raushalten aus der tschechischen Nationalgeschichte als regimekonformer, dissidenter wie auch postkommunistischer Konsens angesehen werden kann. Abschließend konstatiert Richard S. Esbenshade für das Ungarn der Kádár-Zeit, dass der Aufstand von 1956 ein größeres Tabu als eine Beschäftigung mit Zweitem Weltkrieg und dem Holocaust gewesen sei. Oppositionelle, antihegemoniale Erinnerungsmodelle vermochten hier maximal verschiedene Stränge des öffentlichen Diskurses auf die Zeit von 1944 bis 1956 insgesamt zu projizieren, wobei heutzutage diese durchaus progressiven Ansätze kaum mehr eine Rolle spielen.

Der insgesamt überaus gelungene Band nimmt unter dem Paradigma der Gegengeschichte die Spielräume oppositionellen Handelns in den staatssozialistischen Gesellschaften Ostmitteleuropas in den Blick und illustriert diese an plastischen Beispielen. Kritisch könnte höchstens angemerkt werden, dass eine stärkere strukturelle oder kategoriale Verbindung der verschiedenen Einzelbeiträge und »Gegengeschichten«, wie sie in der Einleitung angedeutet, dann aber in der Anordnung und Ausrichtung der Beiträge nur zu erahnen ist, einen zusätzlichen Mehrwert hätte zeitigen können. Einzelne Themen und Fallbeispiele hätten auch problemlos auf Ansätze der *Memory Studies* zurückgreifen können (Gegengeschichte als Angriff auf das kollektive Gedächtnis?) – ob die empirischen Befunde substantiell andere gewesen wären, sei dahingestellt. Dessen ungeachtet stellt der Sammelband einen wichtigen, lesenswerten Beitrag zur aktuellen Dissens-, Oppositions- und auch zur neueren Nationalismusforschung dar. Ein umfassendes, nicht an Gattungsgrenzen haltmachendes Verständnis von Gegengeschichte ermöglicht hier das Zusammenbinden von Spielarten des Dissenses im Staatssozialismus zu einem eindrucksvollen Panorama des Nonkonformismus.

KONSTANTIN ROMETSCH (GIESSEN)

■ Zeitgeschichte des Selbst

Pascal Eitler/Jens Elberfeld (Hg.), Zeitgeschichte des Selbst. Therapeutisierung, Politisierung, Emotionalisierung, Bielefeld (transcript Verlag) 2015, 394 S., 34,99 €

Die Frage nach Subjektivierungsprozessen hat seit einigen Jahren in der zeithistorischen Forschung Konjunktur. Ausgehend von Ulrich Bröcklings »unternehmerischem Selbst« wurden unlängst das »präventive Selbst«, das »beratene Selbst«, das »schöne Selbst« oder aber auch das »erschöpfte Selbst« eingehend analysiert. Mit der »Zeitgeschichte des Selbst« legen Pascal Eitler und Jens Elberfeld einen Sammelband vor, der eine Synthese der verschiedenen Themenfelder unternimmt und damit Subjektivierung als ein neues Narrativ einer Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik präsentiert. Dies sei für die Forschung gewinnbringend, da sich wandelnde Selbstverhältnisse nicht nur ein Effekt, sondern auch ein Motor von Veränderungsprozessen sein können.

Ausgehend von der Beobachtung, dass gegenwärtig verstärkt neue Praxisfelder des Sozialen wie beispielsweise Gesundheit, Alter oder Arbeit mit Michel Foucaults Gouvernementalitätskonzept in historischer Perspektive bearbeitet werden, setzen sich die Herausgeber in ihrer programmatischen Einleitung das Ziel, eine umfassende Kontextualisierung von Subjektivierungspraktiken vorzunehmen. Dabei geht es in erster Linie darum, sich wandelnde Selbstverhältnisse auf der Mikroebene an die Makroebene zurückzubinden. Bevor dies jedoch in 14 inhaltlichen Beiträgen geschieht, gibt Andreas Reckwitz eine sehr gut fundierte soziologische Einführung in eine praxeologische Analyse von Subjektivierungsprozessen. Reckwitz führt hier zentrale Punkte an, die für solch eine Analyse wichtig sind. Dazu zählen beispielsweise der zu berücksichtigende Zusammenhang von Subjekt- und Objektkulturen oder die Beachtung von

Gefühlen und Affekten. Allein eine etwas stärkere Verknüpfung mit historischen Fragestellungen hätte der an sich lohnswerten Umsetzbarkeit seiner Methoden gut getan.

Inhaltlich stehen mit »Therapeutisierung«, »Politisierung« und »Emotionalisierung« drei Prozesse im Vordergrund, die um und nach 1968 in besonderer Weise die Selbstverhältnisse der Menschen prägten.

Therapie und Beratung sind zwar keine genuinen Praktiken der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, dennoch erfuhren sie in dieser Zeit einen enormen Bedeutungszuwachs, was sich zum Beispiel durch die hohen Verkaufszahlen von Ratgebern jeglicher Art und der Etablierung neuer Berufsfelder zeigt. Grundlegend dafür ist die in dieser Zeit in der Gesellschaft wichtiger werdende Erkenntnis, dass die Arbeit am Selbst kein Ende habe und das Selbst damit permanent verbesserungswürdig sei. Ein gutes Beispiel dafür sind die bildungspolitischen Debatten der 1960er und 1970er Jahre, die Maik Tändler in seinem Beitrag näher behandelt. In den bildungspolitischen Diskussionen wurde ein Lehrersubjekt gefordert, welches verstärkt eigenverantwortlich handelt, sich regelmäßig selbst hinterfragt und seine Berufspraktiken ständig optimiert. Des Weiteren sind Therapeutisierungsprozesse auch durch die Aneignung von Expertenwissen durch Laien geprägt. Ausgehend vom »Psychoboom« zeichnet Jens Elberfeld nach, wie Wissen über die Psyche des Menschen durch den Beruf des Psychotherapeuten und später in sogenannten Coachings weitergegeben wurde. Doch auch wenn das Wissen sich teilweise verlagerte, hatten Experten weiterhin als Ratgeber großen Einfluss auf die Umsetzung der Subjektivierungspraktiken. Tobias Dietrichs Auseinandersetzung mit der Erfolgsgeschichte des Joggings macht ersichtlich, welche Rolle Experten bei der Deutung von Jogging als spiritueller Praktik innehatten.

Der Begriff der »Politisierung« wird von den Herausgebern als Alternative zu »Liberalisierung« verwendet, da ersterer weniger

moralisch konnotiert sei. Wie weit Politisierungsprozesse reichten, deutet Alexa Geisthövel mit ihrer Analyse des Disco-Booms der 1970er Jahre an. Das unpolitisch erscheinende Phänomen der Disco-Kultur erfuhr seine Politisierung durch Sozialwissenschaftler_innen, die es als Symptom einer spätkapitalistischen Krise deuteten. Dass es neben Politisierungsprozessen auch Entpolitisierungsprozesse gab, wird im Beitrag von Peter-Paul Bänziger zur AIDS-Arbeit in den 1980er Jahren in der Schweiz gut ersichtlich. Die kurz nach dem Aufkommen von AIDS diskutierten Seuchenszenarien wurden bald verworfen. Stattdessen wurden Aufklärungsstrategien implementiert, die an die Eigenverantwortung der Bürger_innen appellierten. Mitverantwortlich dafür waren AIDS-Aktivist_innen, die sich im Laufe der Auseinandersetzung mit dieser Krankheit zu Expert_innen entwickelten, wodurch sich auch ihr Selbstverständnis änderte. So nahmen sie sich kaum noch als politische Aktivist_innen, sondern vielmehr als unabhängige Expert_innen wahr.

Als letzter Leitprozess steht die »Emotionalisierung« im Zentrum des Sammelbandes. Wenn man zunächst vermutet, dass damit eine derzeit hohe Forschungsnachfrage bedient werden soll, können Eitler und Elberfeld dies argumentativ überzeugend entkräften, indem sie deutlich machen, dass Gefühle seit den 1960er Jahren verstärkt zu einem »Aufgabengebiet« in Selbstfindungs- und Selbstverwirklichungsprozessen geworden sind. Gefühle werden daher von ihnen als »physisch zu erlernende und einzuübende Selbsttechniken« verstanden. Als solch eine Selbsttechnik deutet Florian Schlecking den Konsum psychedelischer Drogen um 1970, mit dessen Hilfe versucht wurde, ein »authentisches Selbst« zu generieren. Annika Wellmanns Beitrag zum Thema »silver sex«, der auch im Kontext der Therapeutisierung hätte platziert werden können, beschreibt den Prozess von der zunächst bestehenden Pathologisierung der Sexualität älterer Menschen über die Verwissenschaftlichung hin

zur Normalisierung. Das neue politisch-pädagogische Paradigma vom »lebenslangen Lernen« fand Wellmann zufolge auch in den Ratschlägen zur Alterssexualität Anwendung.

Nach der anregenden und durchaus kurzweiligen Lektüre des Bandes stellt sich die Frage: Braucht man eine Zeigeschichte des Selbst? Die Antwort lautet: Unbedingt! Denn der Band macht an vielen Stellen deutlich, wie gewinnbringend die Betrachtung von Subjektivierungsprozessen auch für größere, gesellschaftsgeschichtliche Fragestellungen, wie der nach den Entstehungsbedingungen des neoliberalen Staates, sein kann.

Grundsätzlich muss man sich gleichwohl etwas verwundert fragen, wie eine »Zeitgeschichte des Selbst« fast gänzlich ohne Quellen auskommen kann, in denen das »Selbst« überhaupt einmal zu Wort kommt. Nur in wenigen Beiträgen wird ersichtlich, ob die beschriebenen Prozesse tatsächlich auch bei den Subjekten angekommen und von ihnen umgesetzt wurden. Durch eine stärkere Einbeziehung von Selbstzeugnissen könnte eine Zeitgeschichte des Selbst weitere analytische Tiefenschärfe gewinnen.

PIERRE PFÜTSCH (STUTTGART)

■ Reflexive Mediävistik

Ludolf Kuchenbuch, Reflexive Mediävistik. Textus – Opus – Feudalismus (Historische Studien; Bd. 64) Frankfurt/New York (Campus) 2012, 578 S., 68,00 €

Im Jahr 2012 hat Ludolf Kuchenbuch eine Auswahl eigener Arbeiten präsentiert. Einer kritischen Besprechung scheint entgegenzustehen, dass eine solche Werkschau vornehmlich die konturierte Würdigung von Forschungsleistungen bezweckt. Das mag einer der Gründe sein, weshalb der vorgelegte Band bislang kaum rezensiert worden ist. Doch macht das Vorwort klar, dass es Kuchenbuch nicht um eine nachträglich insze-

nierte, autobiographische Fiktion darüber geht, wie er »seine Geschichte« entwickelt hat. Vielmehr stellt er, in rückblickender ebenso wie in programmatischer Absicht, zur Diskussion, was »Reflektierte Mediävistik« heute bedeuten kann. Reflexion meint dabei, den eigenen forschenden Zugang zum Gegenstand seiner Selbstverständlichkeiten zu entkleiden, das Geläufige und Kanonisierte zu verdächtigen, das Spezialistentum und die bürokratische Vereinnahmung zu überwinden. Zur »Reflexiven Mediävistik« gehört für Kuchenbuch zudem die Überzeugung, dass ihr Gegenstand durch seine Alterität zum Problem wird. Der angemessene Ausgangspunkt der reflektierten Annäherung an die mittelalterlichen Überlieferungen muss deshalb ein gezielt erzeugtes Befremden sein. Dem entspricht denn auch der in der Tat befremdliche Untertitel, der Schlüsselwörter aufführt, die zugleich als Überschriften für die drei großen Sektionen des Buches dienen.

Textus: Der Ausdruck zielt auf die epistemische Kluft zwischen Mittelalter und Moderne, auf die Differenz zwischen einem mittelalterlichen Schriftstück und einem modernen Text. Texte haben, unabhängig von der Kopie oder Ausgabe, die wir benutzen, einen stabilen, autorisierten Wortlaut. Dessen intendierte Bedeutung zu erschließen, ist das Ziel der modernen Textlektüre, die als fachlich elaborierte dafür ausgefeilte hermeneutische Methoden benutzt. Mittelalterliche Schriftstücke sind unterdessen fast ausnahmslos Unikate und alles andere als wortlautstabile Ausgaben ein und desselben autoritativen Textes (wichtigste Ausnahme: der Bibeltext). Wenn kritische Editionen mittelalterliche Abschriften »Textzeugen« nennen, wird offenbar, wie sehr wir uns vergangener Schriftlichkeit mit modernen Konzepten nähern. Mittelalterliche Schriftlichkeit und einzelne mittelalterliche Schriftstücke zu verstehen, erfordert aber gerade die Distanzierung von modernen Schreib- und mehr noch Lesegewohnheiten. Weniger hilfswissenschaftlich geschulte

Routine bestimmt das Vorgehen, sondern beharrliches Fragen nach den Qualitäten der konkreten Einzelstücke und den »Tatorten« ihrer Aufzeichnung, nach ihrer Materialität und Situativität, ihrer Benutzung und Bewahrung. Kuchenbuch geht es in den hier versammelten Beiträgen um selten bedachte »Grundtatsachen« der vormodernen Schriftkultur und um die Historisierung von Selbstverständlichkeiten (Wortabstand, Orthographie, stilles Lesen). Andere Arbeiten gelten einschneidenden Wandlungen (Etablierung des Konzepts vom Autor bei Martin Luther) und der *longue durée* pragmatischen Schriftgebrauchs (etwa in Zinsregistern). Wie viel hier noch zu tun ist, erweisen nicht zuletzt die grenzüberschreitenden Arbeiten über Kerbhölzer, Zahlen und Aufzeichnungsrepertoires für Musik.

Opus: Dieser Teil führt von der mittelalterlichen Überlieferung als der *prima materia* der historischen Forschung zur *prima materia* der mittelalterlichen Zeitgenossen, zum vormodernen »Unterhaltshandeln«, dem Sichern des Lebensunterhaltes. In den hier versammelten Arbeiten steckt nicht nur die dezidierte Aufforderung, dem Stellenwert dieser Materie das entsprechende Gewicht in der historischen Forschung einzuräumen. Es geht hier auch um die historische Entlarvung der verkürzten Debatten um die moderne Lohnarbeit als vermeintlich alternativloser Grundlage gesellschaftlicher Reproduktion. Anders als man vom zuweilen sogenannten »Grundherrschafts-Kuchenbuch« erwarten würde, dominieren hier nicht Studien über Urbare und Register. Vielmehr erkundet er ebenso, was in verschiedenen Gattungen (von Kapitularien bis zu Wunderberichten) über das *opus feminile* gesagt wird und sagbar ist, und wie das Werkütigsein als solches im Mittelalter gedacht wird.

Feudalismus: Damit geht Kuchenbuch aufs Ganze – das Soziale Ganze. Hier diskutiert er das übergreifende Verbundensein der mittelalterlichen Akteure (gestiftet durch die Kirche mit der Taufe), die Machtbeziehungen und Abschöpfungsverhältnisse (im

Medium der beherrschenden und verschleiernden Sprache des Zins-Gebens oder des Dienst-Leistens). Dabei wird die werktätige Unterhaltung der mittelalterlichen Gesellschaft, die in der Sektion zum Opus im Mittelpunkt stand, auch auf Veränderungen hin befragt und zugleich herausgearbeitet, wie die erstaunliche Anpassungs- und Innovationsfähigkeit dieser Gesellschaft modelliert wurde (als *renovatio*). Die Frage nach den Ausprägungen des Sozialen Ganzen, nach dem Zusammenhang und der Ordnung von einzelnen Herrschaften und Hierarchien, gilt Kuchenbuch als die *prima questio* der zeitgenössischen wie der historisch forschenden AkteurInnen. Dabei kommen neben der Aufarbeitung der Gebrauchsgeschichte von »Feudalismus« auch andere Leitbegriffe auf den Prüfstand, nicht zuletzt die Epochenbezeichnung »Mittelalter« selbst. Hier stellt Kuchenbuch Beiträge zusammen, die um die Modernität des Mittelalterkonzepts und die Neubestimmung sowie Benennung okzidentaler Geschichte zwischen dem 4./5. und dem 18. Jahrhundert kreisen.

Die drei großen Teile rahmt, gemeinsam mit dem Vorwort, ein Aufsatz zur Mediävistik als historischer Anthropologie ein, dem ein Anhang über Kuchenbuchs Veröffentlichungen und Manuskripte folgt.

Was erbringt die Lektüre? Sie lässt sowohl in sachlicher wie auch in methodischer Hinsicht die Möglichkeit einer neuen Sozialgeschichte erkennen, über deren Notwendigkeit seit einigen Jahren immer wieder gesprochen wird. Die Auswahl der Arbeiten, die eine voranschreitende ebenso wie eine springende oder selektive Lektüre erlaubt (wobei das Vorwort nicht übergangen werden sollte), eignet sich dafür denkbar gut: Immer wieder werden Fäden über die einzelnen Arbeiten hinweg aufgegriffen und neu verknüpft. Das erlaubt, repräsentativ-variablen Muster und Grundsätzliches in disparaten Erscheinungen zu erkennen. Wie etwa in einem Aufsatz das Textilwerk als spezifische und fundamentale Unterhaltsleistung von Frauen herausgearbeitet wird und in einem

anderen Aufsatz (über Hugo von St. Viktor) die Webkunst als eine der sieben »mechanischen Künste« erscheint, deren Werke dazu bestimmt seien, die Hinfalligkeit des menschlichen Leibes zu heilen – das ist atemberaubend. Wenn dabei »Werkfähigkeit« einen ganz neuen Sinn bekommt, erweist sich, wie produktiv Kuchenbuchs Ringen um adäquate Ausdrücke für vergangene Sinnzusammenhänge ist. Nachdrücklich hervorzuheben ist dabei, dass diese Ausdrücke nicht einfach Eindeutungen lateinischer Wörter sind, sondern methodisch transparent als Leitbegriffe einstiger sprachlicher Regimes – die dominierenden Ordnungen des Sagbaren – herausgearbeitet werden. Die Kuchenbuch-Lektüre erweist denn auch: Historische Semantik gehört zu den dringend notwendigen Erweiterungen des mediävistischen Werkzeugkastens. Daraus ergeben sich auch neue Probleme: Nimmt man die semantisch fundierte Annäherung an die vormoderne Fremde ernst, steht letztlich die gesamte Fachsprache zur Disposition. Deshalb ist unabdingbar, auf eine weitere Stärke der vorgelegten Werkschau hinzuweisen. Nicht zuletzt hat Ludolf Kuchenbuch darauf geachtet, Arbeiten auszuwählen, die für verschiedene Leser- und Hörerschaften geschrieben sind, so dass die Sammlung auch ein denkbar breites Spektrum an Darstellungsweisen und Ausdrucksstrategien präsentiert. Dazu zählen künstliche Wortbildungen wie im Titel »Vom Brauch-Werk zum Tauschwert« oder wiederbelebte Ausdrücke, die wie »Werkfähigkeit« als tertium comparationis ebenso fungieren wie sie Alterität anzeigen können. Oft braucht es die im Fach geläufigen Wörter oder modernen Leitbegriffe gar nicht: Warum von Arbeit sprechen, wenn es um die Mühsal (*labor*) von Mägden und Knechten geht? Kuchenbuch nutzt hier eine ganze Palette von Ausdrucksmöglichkeiten, die weniger sperrig sind als *Textus – Opus – Feudalismus*.

Die mit dem Untertitel angezeigte Dreiheit von Kernproblemen wirft indes auch eine Frage auf. Ohne Zweifel muss das Unter-

haltshandeln der mittelalterlichen AkteurInnen als fundamentales Problem gelten. Wie aber steht es – gerade aus einer anthropologischen Perspektive heraus – um das Spielerische, das von existenziellen Zwängen entlastete Agieren, das ja selbst Voraussetzung, Medium und Ergebnis spezifischer Soziabilität und Sozialisierung ist? Wo bleibt die Musik, wo bleiben Klatsch und Tratsch in einer neuen Sozialgeschichte? Diskussion erbeten.

CLAUDIA MODELMOG (ZÜRICH)

■ Verwaltete Verwandtschaft

Margareth Lanzinger, Verwaltete Verwandtschaft. Eheverbote, kirchliche und staatliche Dispenspraxis im 18. und 19. Jahrhundert, Wien/Köln/Weimar (Böhlau) 2015, 405 S., 13 Abb., 54,90 €

Seit einigen Jahren ist die klassische Familiengeschichte entscheidend durch den konsequenten Einbezug wichtiger Beziehungen innerhalb der Verwandtschaften erweitert worden, so dass wir nun von einer Verwandtschaftsgeschichte als etablierter Disziplin innerhalb der Sozialgeschichte sprechen können. Heute herrscht ein breiter Konsens darüber, dass die Untersuchung der Kernfamilie – ohne Einbezug der Verwandten und weiterer sozialer Netze – kein adäquates Abbild von vergangenen Gesellschaften abgibt.

Verwandtschaft wird in Lanzingers Buch breit aufgefasst. Sie schließt konsequent auch die Beziehungen mit angeheirateten Verwandten mit ein – die lange von der Kirche mit ähnlichen Eheverbote wie die Blutsverwandten belegt wurden. Seit dem Hochmittelalter, genauer gesagt, seit dem Laterankonzil im Jahr 1215, handelt es sich im Westen in der Tat um eine »Verwaltete Verwandtschaft«: Zu dieser Zeit definierte die Kirche die Inzest- und Eheverbote neu, die innerhalb der Verwandtschaft gelten sollen. Verwandtschaft wurde somit zu einem zentralen Kompetenzfeld der kirchlichen Obrigkeiten, die nicht nur über die Verbo-

te wachten, sondern auch aus verschiedenen Gründen entsprechende Ausnahmen beschließen konnten. So wurden in begründeten Fällen sogenannte *Dispensen* gewährt, welche Eheschließungen zwischen nahen Verwandten möglich machten.

Diese Kernkompetenz der Kirchen wurde aber im 18. Jahrhundert zunehmend infrage gestellt, insbesondere im Josephinischen Österreich mit dem staatlichen Ehepatent von 1783, durch das die Heiratsverbote zwischen Verwandten gelockert werden sollten. Damit wurde die Verwaltung der Verwandtschaft zum Terrain einer harten Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat.

Konkret befasst sich die Studie mit den Diözesen Brixen, Chur, Salzburg und Trient zwischen 1780 und 1890, wobei oft langfristige Entwicklungen der Konzepte und Praktiken von Verwandtschaft, Inzest und Blutschande seit dem Hochmittelalter berücksichtigt werden. Neben den Dispensationsgesuchen und der reichhaltigen damit verbundenen Dokumentation benutzt die Autorin vielfältiges Quellenmaterial, zu dem u. a. kirchen- und zivilrechtliche Abhandlungen, naturwissenschaftliche und moralische Schriften sowie amtliche Korrespondenzen vom ausgehenden 18. Jahrhundert bis 1850 gehören. Dazu wird eine breite Fachliteratur herangezogen, welche die beobachteten Phänomene treffend in den allgemeinen europäischen Kontext einzubetten hilft.

Die breite Quellenbasis braucht es gemäss der Autorin um aufzuzeigen, dass Verwandtenehen nicht nur als Elitethänomen zu betrachten sind. Eine Schlussfolgerung, die – trotz der beklagten, in der Forschung dominierenden Konzentration auf bürgerliche Familien – nicht wirklich überraschend ist, sind doch die Studien über Verwandtenehen in ländlichen Gesellschaften in den letzten Jahren zahlreicher geworden.

Das Buch ist in fünf Hauptkapitel unterteilt. Im ersten werden Konzepte und Diskurse rund um die Verwandtenehe diskutiert, im zweiten befasst sich die Autorin mit der Konkurrenz zwischen Staat und Kir-

che um die betreffenden Kompetenzen. Das dritte Kapitel untersucht die Verfahrenswege, Strategien und Logiken der GesuchstellerInnen, das vierte vertieft die Fälle, in denen eine nahe uneheliche Schwangerschaft das Dispensationsverfahren kompliziert. Im letzten Kapitel werden schließlich besonders interessante Konfliktfälle vertieft sowie deren Verbindungen zum politisch-sozialen Kontext analysiert. Dazu kommen eine ausführliche Einleitung, in der Konzepte definiert und Quellen vorgestellt werden, und ein Schlusswort, das die Hauptergebnisse treffend zusammenfasst.

Die Fokussierung der Studie auf vier verschiedene Diözesen erlaubt zudem eine Differenzierung der Kontexte. Damit wird es möglich, jenseits der langfristigen Trends wichtige lokale Sonderentwicklungen hervorzuheben. Die konkrete lokale Dispenspraxis war nämlich stark von lokalen politischen Kulturen, von Sonderinteressen der bischöflichen Verwaltungen und von den Beziehungen zu den Staaten abhängig. Verschieden war z.B. die in den Gesuchen benutzte Terminologie. So taucht der Begriff »Staatsbürger« als Kategorie im Brixner Aktenmaterial nicht auf, während er in den Dispensationsgesuchen der Diözese Salzburg immer wieder vorkommt. In diesem Sinne übernahmen die heiratswilligen BittstellerInnen strategisch die Sprache und die politisch-religiösen Kategorien, welche im jeweiligen Kontext den grössten Erfolg versprachen.

Obwohl beim Dispens kein Anspruch seitens der BittstellerInnen bestand, konnten Letztere die verschiedenen Amtsträger in der Praxis gehörig unter Druck setzen. Zwar sollten sich die Heiratswilligen stets demütig zeigen; durch »Hartnäckigkeit und mit dem Insistieren auf ihren Heiratsvorhaben, durch das Beiziehen von Anwälten, den Einsatz ungewöhnlicher Mittel und Wege, durch Drohungen« konnten aber verschiedene Strategien angewandt werden, die den Erfolg begünstigten. In der Nähe reformierter Gebiete war die Gefahr einer Konversion der abgewiesenen GesuchstellerInnen beispiels-

weise ein ernstzunehmendes Argument, das in der Schweizer Diözese Chur sowie in der benachbarten Diözese Brixen durchaus eine Rolle spielte.

Abgesehen von solchen Sonderentwicklungen vermag die mittel- bis langfristige Sicht der Studie sehr interessante Entwicklungen aufzuzeigen. Verwandtenehen scheinen aus der Sicht Lanzingers grundsätzlich die Tendenz zu Eheschliessungen innerhalb derselben sozialen Schicht verstärkt zu haben – wobei diese These nie wirklich schlüssig bewiesen wird. Die Argumentation der Dispensgesuche veränderte sich jedoch seit dem späten 18. Jahrhundert merklich. Gemäss dem neuen Geist bemaß sich eine standesgemäße Heirat nicht nur nach den weiterhin wichtigen sozioökonomischen Kriterien, sondern auch nach »Gleichheit der Gesinnung«, der Bildung, der Wesensart und des Humors. Subjektive und zunehmend emotionale Faktoren wurden somit bei der Auffassung der Ehe wichtiger.

Dies führte jedoch nicht zu einer Öffnung der Heiratskreise und -strategien, sondern zu einer Aufwertung der Bekanntheit, der Vertrautheit, der schon bestehenden Beziehungen zwischen den Ehemülligen und ihren Familien. »Das Bekannte und das Eigene wurde zur idealen Voraussetzung für eine Ehe hypostasiert: eine gewisse »Gesinnungshomogamie« wurde zu einer tragenden Grundlage für eine glückliche Ehe, was in Wirklichkeit den vertrauten Kreis der Verwandtschaft aufwertete.« Es fragt sich allerdings, ob diese Tendenz für die ganze Gesellschaft Geltung hatte, oder doch nur für den engeren Kreis der AnwärterInnen auf eine Ehe mit Verwandten. Es liegt nämlich in der Natur der benutzten Quellen, dass die Verwandtschaft grundsätzlich in einem positiven Licht dargestellt wird.

Interessant ist die von der Autorin analysierte Übernahme einer Blutterminologie und symbolik in den Quellen, insbesondere die verstärkte Aufladung der Wertigkeit des »eigenen« Blutes. In den Dispensgesuchen des 19. Jahrhunderts wird tendenziell »ei-

genes« vor »fremdes« Blut gestellt: Die Tante, die aus der eigenen Blutsverwandtschaft hervorgeht, wird nun beispielsweise der »fremden« – da nicht zur dieser Verwandtschaft gehörigen – Magd als potentielle Ehefrau vorgezogen. Zusätzlich zur biologischen Aufladung der Blutsbande bildete diese Abgrenzung laut Lanzinger letztlich eine Grundlage rassistischer Ideologien des 20. Jahrhunderts.

Die These ist interessant. Der Leser wünschte sich allerdings, dass die Zwischenstufen dieser Entwicklung genauer nachgezeichnet würden. Die Untersuchung zeigt überzeugend, dass die Assimilation von »verwandt« und »vertraut« als Gegensatz zum Fremden eingesetzt wurde. Heim, Herd und Häuslichkeit wurden im katholischen Diskurs des 19. Jahrhunderts als Schutz vor liberal-radikalen Einflüssen von »außen« diskursiv aufgewertet. Die Entwicklung zum offenen Rassismus wird jedoch nur summarisch beschrieben.

Zum Schluss bleibt eine Grundfrage noch offen: Warum wurden immer mehr Verwandtenehen geschlossen? Die Autorin suggeriert, dass der Gewinn von Status und Prestige einen tragenden Faktor darstellte, lässt aber andere Aspekte weitgehend unberücksichtigt. War der neue Akzent auf einer »Gesinnungshomogamie« zwischen den Ehepartnern nicht auch ein Wunsch nach gemeinsamen religiösen, politischen oder ideellen Vorstellungen, die den Stellenwert der sozialen Herkunft relativierte? Neuere Studien zeigen, dass politische und religiöse Faktoren durchaus als entscheidende Elemente einer spezifischen Milieukonstituierung in Frage kommen.

Davon unbenommen stellt Margareth Lanzingers Studie eine großartige, überaus wertvolle Grundlage dar, um die Organisation von Verwandtschaftskomplexen und deren Entwicklung in der bewegten Zeit des späten 18. und des 19. Jahrhunderts besser zu verstehen.

SANDRO GUZZI-HEEB (LAUSANNE)

■ Erzählweisen des Selbst

Mareike Böth, *Erzählweisen des Selbst. Körperpraktiken in den Briefen Liselottes von der Pfalz 1652-1722 (Selbstzeugnisse der Neuzeit; Bd. 24), Köln/Weimar/Wien (Böhlau) 2015, 507 S., 74,90 €*

»So lang ich lebe, werde ich sein undt bleiben, wie Ihr mich kendt«, schreibt Elisabeth Charlotte von Orléans (1652–1722), die Tochter des pfälzischen Kurfürsten Karl Ludwig, besser bekannt als Liselotte von der Pfalz, die 1671 an den Hof Ludwigs XIV. verheiratet wurde. Sie entwirft für sich und ihre Verwandten so und in ähnlicher Weise in mehr als 6.000 erhaltenen Briefen immer wieder das Bild einer fest umrissenen und Kontinuität garantierenden Persönlichkeit.

Mareike Böth nutzt dieses prominente und umfangreiche Briefkorpus, um der Selbsterzählung, der Konstituierung des Selbstbildes einer adligen Schreiberin nachzuspüren. Die Autorin legt hier aber nicht nur die Analyse eines Prozesses adliger Selbstdarstellung im Brief vor, sondern zugleich eine umfangreich recherchierte Körpergeschichte des höfisch-adligen Milieus des 17. Jahrhunderts, da sich Aussagen zum Körper und zu Körperpraktiken wie ein roter Faden durch das Quellenmaterial ziehen und einen dominanten Teil dieser Selbsterzählung bilden. Das »Ich«, die Schreiberin Elisabeth Charlotte, zeigt sich als *leibhaftig* erlebtes Ich, als im Körper sich manifestierendes Ich. Die Selbsterzählung wird über weite Strecken durch das Körperwissen und den Umgang mit dem eigenen Körper konstruiert. Mareike Böth bietet so eine spannende und neue, praxeologische Lesart dieses meist nur biographiegeschichtlich genutzten Textkorpus. Kaleidoskopartig bildet die Quelle das Zugangsmedium zu Vorstellungen vom Körper und zu medizinischen Praktiken im Kontext der Zeit. Darüber hinaus leistet die Studie einen Beitrag zur Erforschung der Briefkultur adliger Frauen.

In drei inhaltlichen Schwerpunktsetzungen – zur »somatischen« Kultur der Herkunftsfamilie, zur Positionierung innerhalb der geschlechtlichen Markierungen der Zeit und zu Formen der Aneignung oder Ablehnung der französischen Hofkultur durch die Protagonistin – beschreibt Mareike Böth insbesondere Erzählungen der Differenzierung. In Elisabeth Charlottes vielfachen Vergleichen von »hir« (in Frankreich) und »bey uß« (in der Pfalz) finden diese ihren Ausdruck.

Ihre Faszination entfaltet die Studie insbesondere durch die große Nähe zum Quellenmaterial. Der Schreiberin fremde und eigene medikale Praktiken im Falle von Krankheit werden ebenso reflektiert wie etwa Nahrungsgewohnheiten, Schönheitspraktiken oder körperliche Tätigkeiten. Die Erfahrung von Fremdheit wird regelrecht als *leibhaftig* erlebt beschrieben. Dabei scheint sich die an den heimischen Gebräuchen festhaltende Herzogin auch Konflikten, die durch unterschiedliche Vorstellungen der Behandlung von Krankheiten entstanden, nicht entzogen zu haben – etwa in ihrer Ablehnung der am französischen Hof in Mode gekommenen Behandlungen wie dem Aderlass oder der Formen des »Purgierens« (Magen- oder Darmentleerung durch Arzneimittel, um das Säftegleichgewicht zu erneuern). Misstrauisch gegenüber allen ärztlichen Maßnahmen am französischen Hof schreibt Elisabeth Charlotte ihrerseits dem Körper eine hohe Selbstheilungskraft zu, denn es sei die »sicherste geneßung (...) wen die natur selber operirt«. Offensichtlich standen Elisabeth Charlotte sowie ihre wichtigste Briefpartnerin Sophie von Hannover dabei in Fragen der Wahrnehmung von Natur und Körper Leibnizschem Gedankengut nahe. Damit wird einmal mehr illustriert, wie selbstverständlich sich hochadlige Frauen in den intellektuellen Diskursen des 17. Jahrhunderts bewegten. Elisabeth Charlottes Kampf gegen die französischen Hofärzte erscheint dabei regelrecht als Kampf um die Autorität über den eigenen Leib, wobei sie eine eigene Diätetik und

Formen der Selbstbehandlung entwickelte. Sie hantierte mit Wärme oder tradierten Hausmitteln wie etwa Melissenwasser gegen Kopfschmerzen («alt-weib-Medizin») oder einem in der pfälzischen Familie bewährten »Mylady-Kent-Schwitzpulver« aus England.

Aber nicht alle am französischen Hof praktizierten Körperpraktiken lehnte die Schreiberin ab. Wo Elisabeth Charlotte selbst von Nahrungsmitteln oder Medizinmischungen überzeugt war, verflüchtigt sich auch die Differenz zwischen der »fremden« französischen Hofkultur und der von ihr als das Eigene, das Deutsche, verstandenen Kultur, es entsteht eine *Bricolage* der Praktiken oder auch Transkulturalität. Verbunden mit den Körperpraktiken ist insbesondere ihr Umgang mit den am Hof herrschenden Geschlechterbildern: Sich selbst im Bild der Amazone präsentierend nutzte sie etwa die Jagdleidenschaft, um ihre Ideale der körperlichen Aktivität umzusetzen, was am französischen Hof offensichtlich misstrauisch beäugt wurde. Ihre von Sonne und Wind gebräunte Haut, ihre Ablehnung von Putz und Schminke sowie die von ihr bevorzugte nichtfeminine Jagdkleidung riefen am Hof Kritik hervor. Grenzen der von Elisabeth Charlotte verfolgten Maskulinisierung scheinen allerdings auch auf, da es zum Beispiel außer Frage steht, dass Elisabeth Charlotte selbstverständlich im Damensitz zur Jagd ritt.

Insgesamt bleiben jedoch Formen der Distanzierung von den am französischen Hof vorgefundenen Körperpraktiken für die Schreiberin dominant, und bei aller Ausgestaltung von Handlungsspielräumen beschwört Elisabeth Charlotte immer wieder die Differenz zur alten Heimat. Dass die Zugehörigkeit zur kurpfälzischen Herkunftsfamilie regelrecht *leibhaftig*, als in körperlicher Konstitution und in körperlichen Bedürfnissen erlebbare Zugehörigkeit betrachtet wird, ist ein Befund von hoher Relevanz, der noch mehr hätte betont werden können.

Es bleibt allerdings zu diskutieren, ob es sich hier wirklich um eine »intersektionale Position zwischen Herkunftsfamilie und der

Familie des Ehemannes«, also eine Position, die zwei verschiedenen Sphären gleichermaßen angehört, handelt, wie Böth es formuliert, oder nicht eher um einen »Außenposten« der kurpfälzischen Dynastie, wenn doch die »Identität« im Grunde weitgehend mit der Herkunftsdynastie verbunden bleibt.

Böth versteht ihre Studie als Versuch, den Subjektbegriff »konsequent an die Analyse von Praktiken« zu binden. Sie sieht in Elisabeth Charlottes Briefen ein »stabiles Textsubjekt«, das sich in Abgrenzung zum französischen Hof, aber auch in Aneignungsprozessen und der Nutzung möglicher Handlungsspielräume in der Fremde positioniert. Es lässt sich vielleicht fragen, ob der von Böth genutzte anachronistische Subjektbegriff für diese kenntnisreiche Analyse einer frühneuzeitlich-adligen Selbstpositionierung tatsächlich notwendig ist. So scheint es in vielfacher Weise weniger um eine Performanz des eigenen individuellen Subjektes zu gehen, denn um die permanente eigene Zuordnung zu einem Kollektiv, zur Gruppe der Herkunftsfamilie. Schreiben und Erzählen sind hier in vielfältiger Weise auch ein Konstruktionsprozess des »Wir«, weniger des »Selbst«. Allerdings führt wohl auch die einseitige Quellenlage, da die Antwortbriefe zu den Briefen aus Elisabeth Charlottes Feder nicht erhalten sind, zwangsläufig zu einem fokussierten Blick auf die Selbstdarstellung, während Momente und Funktionen der Interaktion, die das Medium Brief für die sich oft über ganz Europa verstreuten hochadligen Familien ausfüllte, weniger in den Blick kommen. Mag man auch die Position der an die fremden Höfe verheirateten Frauen unterschiedlich gewichten, so gelingt Mareike Böth doch eine außergewöhnlich dichte und kenntnisreiche Zusammenschau höfischer Vorstellungen vom Körper und von Körperpraktiken, wie sie sich in Elisabeth Charlottes kaum überblickbarem Briefwerk und im Kontext der Zeit darstellen. Damit leistet sie einen unschätzbaren Dienst am historisch interessierten Lesepublikum.

SOPHIE RUPPEL (BASEL)

■ Das Medizinalwesen im russischen Reich 1762–1831

Daria Sambuk, Wächter der Gesundheit. Staat und lokale Gesellschaften beim Aufbau des Medizinalwesens im russischen Reich 1762-1831 (Beiträge zur Geschichte Osteuropas; Bd. 48), Köln/Weimar/Wien (Böhlau) 2015, 442 S., 7 Abb., 59,90 €

Dieses Buch über den Aufbau eines Medizinalwesens im russischen Reich von der Regierungszeit Katharinas II. bis zur Choleraepidemie der 1830er Jahre ist an der Schnittstelle von Medizingeschichte und einer Kulturgeschichte der Politik angesiedelt. Es behandelt, wie die Staatsbildung durch eine Medizinalverwaltung mit der Formierung lokaler Gesellschaften verknüpft war. Damit schließt Daria Sambuks Dissertation an zwei Forschungsdiskussionen an: die Fragen nach staatlich gelenkten Vergesellschaftungsprozessen und den Herrschaftsmodi des russischen Reichs. Anhand von Archivmaterial aus dem Machtzentrum Sankt Petersburg und drei Provinzen (Jaroslavl, Tambow, Voronež) untersucht Sambuk die Aktions- und Kommunikationsmuster der involvierten Akteure bei der Vermittlung und Implementierung gesundheitlicher und administrativer Normen. Die Autorin interpretiert diese Vorgänge als offene Prozesse der Medikalisierung.

Die Studie ist in vier Kapitel gegliedert, die in »konzentrischen Kreisen« die Beziehungen zwischen der zentralen Staatsmacht, der lokalen Verwaltung und verschiedenen sozialen Gruppen als Objekt, Adressat und Akteur der Gesundheitspolitik in den Blick nehmen.

Im ersten Kapitel analysiert Sambuk den Aufbau der zivilen und militärischen Medizinalverwaltung im Kontext einer von Policeywissenschaft und Hygiene geleiteten Bevölkerungspolitik. Die administrative Durchdringung zielte auf eine intensivere Nutzung der Ressourcen vor Ort, wobei die Monarchen verschiedene Strategien verfolgten. Delegierte Katharina II. mit der Er-

richtung von »Ämtern für gesellschaftliche Fürsorge« (1775) die Sorge um das örtliche Gemeinwohl an lokale städtische Gemeinschaften, übertrug Paul I. die Verantwortung wieder dem Staat. Den lokalen Medizinalbehörden (1797) aus akademisch gebildeten Medizinern räumte er eine umfassende Aufsichtsfunktion über die nun normierte medizinische Versorgung und eine systematische Rechenschaftspflicht gegenüber dem zentralen Medizinalkollegium ein. Damit vollzog sich die Trennung zwischen wohl-tätiger Fürsorge und medizinischer Verwaltung. Letztere wurde Teil einer entstehenden Staatbürokratie, an deren Spitze in der Regierungszeit Alexander I. (1801–1825) spezielle Ministerien entstanden.

Im zweiten Kapitel stellt Sambuk das medizinische Personal im Berufsalltag vor. Der schlecht entlohnte Dienst des ärztlichen Beamten war für Eliten wenig attraktiv. So entstand ein chronischer Ärztemangel, dem der Staat auf verschiedene Weise zu begegnen versuchte. Er finanzierte die Ausbildung und öffnete den Staatsdienst für nicht privilegierte Stände, schuf Anreize für den Dienst in entlegenen Regionen oder verpflichtete bei Epidemien auch frei praktizierende Ärzte. Gelingt es Sambuk, die konflikthafter Beziehungen zwischen Verwaltung und ärztlichen Beamten anschaulich zu beschreiben, ist die Frage nach der gesellschaftlichen Akzeptanz der akademischen Medizin schwieriger zu beantworten. Adlige oder freie Stadtbewohner konnten einen Amtsarzt aus einem Pool diverser Heilkundiger in Anspruch nehmen oder auch nicht. Ausschlaggebend war eher das Vertrauen in die konkrete Person als in die akademische Medizin, denn bis zur Asepsis und Bakteriologie unterschieden sich deren Behandlungsmöglichkeiten kaum von denen der Volksmedizin. Diese Wahlfreiheit galt jedoch nicht für Leibeigene, Militäranghörige oder Gefängnisinsassen, über deren Körper der Staat oder der Gutsherr die Verfügungsgewalt besaß.

Dieser Befund wird im dritten Kapitel, das sich mit der Institutionalisierung von

Hospitälern in Provinzstädten befasst, noch deutlicher. Die Finanzierung der Hospitäler übertrug der Staat lokalen Instanzen, die dieser Aufgabe jedoch oft nicht nachkommen konnten oder wollten, auch weil sie mit der Verpflichtung, kranke Soldaten zu versorgen, einherging. Obwohl freie Stadtbewohner, zivile Beamte und Staatsbauern zu den Zielgruppen der stationären Versorgung gehörten, war der freiwillige Besuch eines Kreiskrankenhauses für diese die letzte Option. Denn trotz der strengen Vorschriften waren die städtischen Krankenhäuser in einem desolaten Zustand und wurden in der Bevölkerung als Sterbehospize gemieden. Wiederum waren es Menschen aus den untersten sozialen Schichten, die keine Alternative besaßen.

Im vierten Kapitel stehen Formen des gesellschaftlichen Engagements im Fokus. Sambuk fragt, inwiefern es dem Staat gelang, in den Provinzeliten Partner für sein Gesundheitsprojekt zu finden und damit lokale Vergesellschaftungsprozesse anzustoßen. Sie zeigt, wie die unter Katharina II. an die Stadtbewohner delegierte Finanzierung von Hospitälern fehlschlug; der alexandrinische Wohltätigkeitsdiskurs hingegen, der von einer kaiserlichen Vorbildrolle und öffentlichen Ehrungen von Spendern begleitet war, machte Wohltätigkeit insbesondere für Kaufleute attraktiv. Das staatlich kontrollierte Feld der Wohltätigkeit wurde für die Reichseliten ein Ort, an dem sie ein Ständebewusstsein entwickeln konnten. Auch bei der Pockenschutzimpfung übernahm der Souverän – diesmal Katharina II. – mit ihrer pompös inszenierten eigenen Impfung eine Vorbildfunktion. Doch die Resonanz solcher Regierungsstrategien blieb beschränkt. Die strukturelle Problemlage lösten auch die 1811 geschaffenen Pockenkomitees nicht, obschon sie ein Belohnungssystem einführten. Hingegen fiel die Indienstnahme von Adelsmarschällen als Mediatoren und moralische Aufsichtsinstanzen bei Gutsbesitzern, die ihre leibeigenen Bauern impfen lassen sollten, auf fruchtbaren Boden.

Daria Sambuk gelingt am Beispiel des Medizinalwesens eine dichte Geschichte der wechselseitigen Konstituierung von Verwaltungsinstitutionen und lokalen Gesellschaften mit ihren je eigenen Erwartungen, Interessen und Strategien. Auch wenn die Impulse vom Souverän in Form von Rechten, Pflichten und Rollenangeboten an soziale Gruppen herangetragen wurden, waren letztere keine passiven Empfänger herrschaftlicher Vorgaben. Widerstand und Versäumnisse entstanden in erster Linie wegen finanzieller Forderungen, geringer Entlohnung und hoher Arbeitsbelastung. Eine charakteristische Herrschaftsstrategie war dabei nicht nur die Indienstnahme sozialer Gruppen, sondern auch die Abwälzung der Kostenlast. Diese staatliche Delegation von Rechten und finanziellen Pflichten an in Stände gefasste Gruppen zur sozialen (Selbst-)Regulierung rief laufend neue Aufsichtsinstanzen hervor, die den Informationsfluss zwischen Zentrum und Provinzen sichern und die Ausführung der Weisungen überwachen sollten. Aber nicht nur durch Rechte und Pflichten formierten sich lokale Gesellschaften; Sambuk zeigt, wie bedeutend Anreize, Privilegien und kaiserliche Vorbildfunktionen für die Entstehung überindividueller Handlungsmuster waren. Dieser flexible Regierungsmodus war oft eine Antwort auf akute Problemlagen.

Die Studie leistet einen überzeugenden Beitrag zur Geschichte der Regierbarkeit des russischen Reichs und damit einhergehenden Vergesellschaftungsprozessen. Dem in der Einführung gestellten Anspruch, einen »medizinischen Alltag jenseits staatlicher Einrichtungen« nachzuzeichnen und damit die Frage nach der Akzeptanz von akademischer Medizin und Medikalisierung zu beantworten, wird sie aber weniger gerecht. Es stellt sich generell die Frage, ob die von der Autorin angestrebte Überwindung der Dichotomie zwischen Staat und Gesellschaft damit nicht wiederhergestellt wird – was wäre denn mit einem medizinischen Alltag jenseits des Staates gemeint? Denn die

Amtsärzte lassen sich in den Akten nur als soziale Funktionsgruppe und kaum als individuelle Heilkundige fassen. Zudem lassen die wenigen Egodokumente adliger Provenienz kaum Schlüsse über eine allgemeine Haltung gegenüber Krankheiten und der akademischen Medizin zu. Der Staat mochte zwar mit seinem Medikalierungsprojekt einen umfassenden Anspruch haben: Ganz deutlich treten aber nur diejenigen sozialen Gruppen in Erscheinung, die tatsächlich zu den Objekten dieses staatlichen Zugriffs wurden: es waren die »Unfreien«, über deren Körper der Staat oder der Gutsherr verfügte.

ANGELIKA STROBEL (ZÜRICH)

■ Sterbebegleitung im 19. Jahrhundert

Karen Nolte, Todkrank. Sterbebegleitung im 19. Jahrhundert: Medizin, Krankenpflege und Religion, Göttingen (Wallstein) 2016, 260 S., 5 Abb., 24,90 €

Als die Hamburger Pastorengattin Margarethe Milow mit Mitte 40 starb, war ihrem Tod ein jahrelanger Leidensweg vorausgegangen: von der Entdeckung des Brustkrebses über eine wirkungslose Pflasterkur bei einem nicht-akademischen Heiler bis hin zu einer hochriskanten Brustamputation durch einen professionellen Chirurgen – all dies, wie ihre autobiographischen Aufzeichnungen zeigen, begleitet von heftigsten Schmerzen, Zwiegesprächen mit Gott über den nahenden Tod und der steten Sorge um die Zukunft ihrer Familie. Wie starben Menschen im 19. Jahrhundert? Was galt den Zeitgenossen als »guter Tod«? Wie funktionierte Sterbebegleitung und welche Personen waren Teil der so genannten »Sterbebettesgesellschaft«? Diesen Fragen spürt die Medizinhistorikerin Karen Nolte in ihrem neuen Buch nach, das damit eine willkommene Bereicherung für die thanatologische Forschung zum 19. Jahrhundert darstellt, die sich bislang vorwiegend auf Bestattungs-

riten und Friedhofskultur konzentriert. Der Fokus liegt auf sozialen Praktiken im protestantischen Milieu Norddeutschlands, die durch ein breites Spektrum an Quellen alltags- und wissensgeschichtlich eingefangen werden: Publierte ärztliche Fallberichte, Tagebücher von Sterbenden, Sterbestundenberichte von Angehörigen, Schwesternbriefe von pflegenden Diakonissen.

Dass sich das Thema Sterben in jener Zeit vor allem im Spannungsfeld von medizinischem Fortschritt und religiöser Tradition bewegte, mag nicht überraschen, wird von Nolte aber empirisch klar nachgewiesen. Mittels einer genauen Darstellung des medizinischen Wissens über tödliche Krankheiten im 19. Jahrhundert lotet sie in einem ersten Schritt die damaligen Möglichkeitsräume für kurative und palliative Behandlung von Schwerkranken aus. Aufgezeigt wird in diesem Zusammenhang nicht zuletzt der Konstruktionscharakter von Krankheiten. Gemäß der vorherrschenden Idealtypen bürgerlicher Weiblichkeit galten etwa Frauen aufgrund ihres vermeintlich schwachen Gemüts als besonders anfällig für Krebserkrankungen, umgekehrt wurde ihnen eine größere Schmerzresistenz bei Operationen zugeschrieben.

Zugleich prägten bürgerliche und religiös-christliche Vorstellungen die zeitgenössischen »Sterbewelten«. Dies wird vor allem durch die eingehende Untersuchung der Tätigkeit von Frauenvereinen und Diakonissen unterstrichen, die sich im 19. Jahrhundert dem Problem des Sterbens in Armutsvierteln annahmen. Ihre Sterbebegleitung war, wie Nolte belegen kann, oftmals weniger ein Akt der Nächstenliebe als vielmehr der Versuch der sozialen Disziplinierung im Sinne einer protestantischen Arbeitsethik. So wurde etwa eine Sterbende aus erzieherischen Gründen zum Zusammensparen eines eigenen Bettes angehalten oder eine Krebspatientin im Endstadium mit Bezug auf das Konzept der Hilfe zur Selbsthilfe zu Erwerbstätigkeit verpflichtet. Das Sterben markierte ein wichtiges Spielfeld der »Inne-

ren Mission«, in das durch entsprechende religiöse Ermahnungen auch die Angehörigen einbezogen wurden.

Gleichzeitig versuchte die Medizin einen immer stärkeren Zugriff auf das Thema zu bekommen. Obschon die Behandlungsmöglichkeiten, sofern überhaupt vorhanden, in den meisten Fällen noch unausgereift waren, reklamierten viele Ärzte ihre Kompetenz und eine neue Deutungsmacht hinsichtlich des Lebensendes. Sie grenzten sich nun stärker von anderen Akteuren ab, die in medizinisch-pflegerischen Bereichen tätig waren, und leisteten so einem von Nolte als »ärztliche Subjektivierung« bezeichneten Prozess der beruflichen Selbstfindung Vorschub. Mit der Optimierung therapeutischer und vor allem palliativer Praktiken ging die Konzeption einer seelischen Sterbebegleitung gerade von Seiten der Medizinethik einher: Die so genannte »innere Euthanasie«, die im zeitgenössischen Diskurs noch keinesfalls Sterbehilfe, sondern ein eben auch geistig-mentaler Sterbebeistand durch die behandelnden Mediziner bezeichnete, erschien fortan als eine ärztliche Aufgabe, obschon es im Alltag, dies illustrieren die von Nolte geschilderten Fallbeispiele, teils ganz anders aussah, wenn Ärzte Sterbende entweder gar nicht mehr besuchten oder übertherapierten.

In jedem Fall ging die Medizin damit in deutliche Frontstellung zu den Geistlichen, denen dieses Feld bis dahin vorbehalten geblieben war. So entwickelte sich die Anwesenheit von Ärzten am Sterbebett – unabhängig davon, ob sich dieses zu Hause oder im Krankenhaus befand – zum Usus, und diese bestimmten fortan Verlauf und Formen der letzten Tage und Stunden des menschlichen Lebens. Entsprechend diagnostiziert Nolte einen sukzessiven Bedeutungsverlust von Geistlichen in der Sterbebegleitung, zumal ihre Rolle bei der spirituellen Vorbereitung auf den Tod auch durch die neue Konkurrenz durch Diakonissen und die bürgerliche »Familiarisierung« der Religion infrage gestellt wurde. Inhaltlicher Hauptstreitpunkt zwischen den verschiedenen Akteuren war

die Frage, ob Sterbende über ihren bevorstehenden Tod aufgeklärt werden sollten. Während Ärzte dies oft entschieden ablehnten – und zwar, wie Nolte nachzuweisen vermag, weniger aus paternalistischen als vielmehr aus medizinischen Gründen und der Sorge um die Psyche der Sterbenden –, plädierten pastoraltheologische Schriften und Diakonissen in der Tradition der christlichen *ars moriendi* für einen offenen, wenn auch schonenden Umgang mit der Wahrheit. Ein »seliger Tod« beinhaltete demnach ein emotional ausgeglichenes Sterben im festen Glauben an Gott sowie im eigenen häuslichen Umfeld unter Abschiednahme von den Angehörigen. Das bewusste Ertragen von Schmerzen galt dabei im Sinne einer göttlichen Leidenschule als Bestandteil der Sterbefrömmigkeit und als Ausdruck einer erfolgreichen christlichen Seelenpflege.

Nicht zuletzt an dieser Stelle zeigt sich jedoch ein grundsätzliches Problem der Studie. Zwar kontextualisiert Nolte den Untersuchungsgegenstand immer wieder medizingeschichtlich, bindet ihn aber kaum an allgemeine historische Entwicklungen zurück. So tauchen soziale Frage und Pauperismus, Industrialisierung oder Urbanisierung zwar gelegentlich am Rande auf, werden aber nicht konsequent hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das Sterben und die Sterbebegleitung analysiert, ganz zu schweigen von den sich wandelnden politischen Rahmenbedingungen im Deutschland jener Jahre, die gar nicht thematisiert werden. Auch mit Blick auf die noch am stärksten kontextualisierten geschlechter- und religionsgeschichtlichen Passagen muss festgehalten werden, dass etwa der Diskurs über weibliche Religiosität ebenso wenig stabil war wie das Phänomen des protestantischen Pietismus. Infolgedessen zeichnet Nolte insgesamt ein erstaunlich statisches Bild von Sterben und Sterbebegleitung im 19. Jahrhundert, das trotz des langen Untersuchungszeitraums (die Fallbeispiele decken die Jahre zwischen 1781 und 1899 ab) ohne Zäsuren oder grundlegende Verschiebungen auskommt. Zugleich bleibt

letztlich unklar, was angesichts der geschilderten Unterschiede zwischen bürgerlichen und proletarischen Sterbeverläufen oder zwischen medizinischen und pietistischen Vorstellungen vom »guten Tod« nun die übergreifenden Charakteristika des Sterbens in jener Zeit waren. Gerade das Fazit ist mit dreieinhalb Seiten und nur zwei Fußnoten angesichts der zahlreichen in der Darstellung aufgeworfenen Einzelperspektiven sehr knapp gehalten und lässt zusammenführende Überlegungen sowie eine Reflexion der gewonnenen Erkenntnisse mit Blick auf die bisherige Forschung oder größere historische Zusammenhänge weitgehend vermissen.

Dessen ungeachtet bietet das Buch viele wichtige Befunde. Nolte weist nicht nur nach, dass Prozesse der »Medikalisierung« des Sterbens schon im 19. Jahrhundert einsetzten, sondern auch, dass diese bereits zeitgenössisch eine kritische Debatte evozierten. Damit bringt sie zugleich ein stichhaltiges, empirisches Argument gegen die in Öffentlichkeit wie Forschung bis heute auszumachende Romantisierung des Sterbens in früheren Zeiten: Ungeachtet anderslautender Idealvorstellungen waren die letzten Tage menschlichen Lebens auch im 19. Jahrhundert häufig einsam, schmerzhaft und geprägt von oft sinnlosen ärztlichen Therapieversuchen, die die Schwerkranken ebenso belasten konnten wie ihre Angehörigen. Auf Anordnung ihres Arztes ließ etwa die einleitend erwähnte Margarethe Milow trotz ihres offenkundig aussichtslosen Zustandes noch bis zuletzt schmerzhaft Bäder in Stahlwasser und eine Tollkirschenbehandlung über sich ergehen. Auch das Phänomen des »sozialen Todes« in Form der gesellschaftlichen Exklusion von Sterbenden existierte demnach schon lange vor der Erfindung dieses Begriffes in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Hervorzuheben ist schließlich auch die gute Lesbarkeit der Studie. Auf vorbildliche Weise verbindet Nolte die Diskussion von Einzelfällen mit analytischen Ausführungen. Zwar ergeben sich durch den narrativen Stil und die zahlreichen Beispiele

einige Dopplungen, insgesamt entfaltet sich so aber ein eindrucksvolles alltagsgeschichtliches Panorama auf das Thema.

FLORIAN GREINER (AUGSBURG)

■ **Muslime in Griechenland 1878–1897**

Nicole Immig, Zwischen Partizipation und Emigration. Muslime in Griechenland 1878–1897 (Balkanologische Veröffentlichungen; Bd. 62), Wiesbaden (Harrassowitz Verlag) 2015, 459 S., 78 €

133

Nicole Immigs Monographie ist eine verdienstvolle und methodisch anregende Studie zu einem unterbelichteten Thema der historischen Migrationsforschung: der Emigration von Muslimen aus dem expandierenden Griechenland des 19. Jahrhunderts – zu einer Zeit, als der 1923 in Lausanne dekretierte erzwungene Bevölkerungsaustausch von Muslimen und Christen zwischen Griechenland und der Türkei noch in weiter Ferne lag. Wie die Autorin in ihrer Einleitung feststellt, herrscht in diesem Forschungsfeld die Annahme vor, dass Muslime aus den neuen christlichen Staaten Südosteuropas »nationalstaatlicher Gewalt« wichen, also flohen oder vertrieben wurden. Diesen Erklärungsansatz, der von Historikern wie Wolfgang Höpken oder – besonders exponiert – von Justin McCarthy vertreten wird, stellt Immig in ihrer umfassend recherchierten Lokalstudie zu den 1881 von Griechenland annektierten Regionen Thesalien und Arta auf die Probe.

Dabei geht sie von der Beobachtung aus, dass nicht alle Muslime diese Regionen sofort nach dem Anschluss an Griechenland verließen, sondern zumindest ein – schwer zu beziffernder – Teil von ihnen im Zeitraum bis zum griechisch-osmanischen Krieg von 1897 dort blieb und erst nach und nach den Weg in die Emigration wählte. Um den Gründen für diese graduelle Abwanderung auf die Spur zu kommen, untersucht die

Autorin in einer Mehrebenenanalyse die politische, sozioökonomische und kulturelle Situation der thessalischen Muslime: ihre Behandlung durch den griechischen Staat, ihre Präsenz im öffentlichen Diskurs sowie ihre politische, wirtschaftliche und kulturelle Partizipation unter den neuen Verhältnissen. Diese verschiedenen Dimensionen fasst sie mit dem Konzept der »Lebenswelten«, deren Rekonstruktion anhand von Materialien aus lokalen und internationalen Archiven sowie zeitgenössischer Presseberichterstattung sich die Studie zur Aufgabe macht.

In den Kapiteln 2 und 3 erläutert die Autorin zunächst die historischen Rahmenbedingungen und schildert dann detailliert den Anschluss Thessaliens und Artas an das Königreich Griechenland, welcher 1881 durch den Vertrag von Konstantinopel vollzogen wurde. Die beiden darauf folgenden Kapitel bilden das Herzstück der Arbeit. Immig erörtert hier die Situation der thessalischen Muslime in Politik und Wirtschaft (Kapitel 4) und Gesellschaft und Kultur (Kapitel 5). Die Kernaussagen ihrer Analyse lassen sich wie folgt zusammenfassen: In keinem dieser Bereiche verfolgte der griechische Staat eine Politik der aktiven Exklusion von Muslimen. Allerdings fehlte es trotz des theoretischen Willens, die Muslime im Land zu halten, an einer positiven Inklusionspolitik, so dass die sukzessive Emigration der Minderheit letztlich nicht verhindert wurde. Zum Teil ergaben sich dabei paradoxe Effekte. So produzierte das im Vertrag von Konstantinopel festgeschriebene Optionsrecht im Bereich der Staatsangehörigkeit, welches eigentlich eine Massenabwanderung verhindern sollte, eine Vielzahl von rechtlichen Unsicherheiten, die zu einem Push-Faktor für Auswanderung wurden. Diese Unsicherheiten verhinderten aber nicht die Beteiligung von Muslimen an den Wahlen zum griechischen Parlament 1881, bei denen auch zwei muslimische Abgeordnete gewählt wurden. Auch auf lokaler Ebene fanden sich Muslime in höheren Positionen in Politik und Verwaltung, was nicht zuletzt auf Kon-

tinuitäten über den Bruch des Herrschaftswechsels hinaus verweist.

Für die wirtschaftliche Situation der Muslime ergibt sich ein ähnlich ambivalenter Befund. Theoretisch garantierte der Vertrag von Konstantinopel das Eigentum muslimischer Grundbesitzer. Deren Besitztitel wurden aber vielfach von ihren christlichen Pächtern in Frage gestellt, was oft zu langwierigen Gerichtsprozessen führte. Da hier die Beweislast bei den Grundbesitzern lag, ergab sich ein weiterer Unsicherheitsfaktor und somit ein mögliches Emigrationsmotiv. Wie Immig außerdem zeigt, waren durchaus nicht alle verbliebenen Muslime reiche Beys, sondern auch einfache Händler und Handwerker. Für diese vermutet sie, dass die stetige Abwanderung der thessalischen Muslime ihren Kundenstamm verringerte, was wirtschaftliche Schwierigkeiten und somit weitere Emigrationen nach sich zog. Aufschlussreich ist auch der Hinweis der Autorin, dass die allgemein erhöhte Steuerlast und damit verbundene Teuerung nach dem Anschluss an Griechenland einen Push-Faktor darstellte.

Bei ihrem Versuch einer Rekonstruktion der »Lebenswelten« in Kapitel 5 interessiert sich Immig zunächst für den Status der muslimischen Gemeinde. Deren Autonomie war eigentlich garantiert, ihre konkrete Ausgestaltung aber stets umstritten. Weiterhin befasst sich die Autorin mit dem muslimischen Schulwesen unter griechischer Herrschaft. Auch hier kann sie keine aktive Exklusion, aber eben auch keine positive Inklusion der Muslime durch den griechischen Staat erkennen. Unter dem Aspekt der »Kultur« schaut sie auf die Außensicht des griechischen öffentlichen Diskurses auf die Muslime, inklusive aller Stereotype über orientalischen »Despotismus« und islamischen »Fanatismus«. Abschließend diskutiert Immig die Behandlung des materiellen osmanischen Erbes in den Städten durch die neuen Herrscher. Hier verdient ihr Hinweis Beachtung, dass von der im 20. Jahrhundert zu beobachtenden »Zerstörungswut« des

griechischen Staates im Untersuchungszeitraum noch keine Rede sein könne.

Im sechsten Kapitel befasst sich die Autorin noch einmal explizit und detailliert mit den Dimensionen, Bedingungen und Motiven der Emigration der thessalischen Muslime. Bemerkenswert sind hier ihre Befunde zur teilweise nur temporären Emigration nach 1881, welche zum Teil durch eine aktive Remigrationspolitik des griechischen Staates rückgängig gemacht wurde – Bemühungen, denen sich das Osmanische Reich widersetzte, das zu dieser Zeit ein Interesse an der Immigration der Balkanmuslime in das verbliebene Reichsgebiet entwickelte. Als mögliche Emigrationsmotive listet Immig verschiedene Faktoren auf: den Unwillen, als Muslime unter einem christlichen Herrscher zu leben; soziale Netzwerke ins Osmanische Reich; Alltagsdiskriminierung; Naturkatastrophen sowie die allgemein schlechte Sicherheitslage. Das siebte Kapitel skizziert schließlich knapp das Ende der muslimischen Präsenz in Thessalien und Arta in Folge der Verschlechterung des zuvor ambivalenten christlich-muslimischen Verhältnisses im Zuge des griechisch-osmanischen Kriegs von 1897. Die nationalistische Mobilisierung griechischer Freischärlerverbände vor dem Krieg, gewaltsame Übergriffe gegen die muslimische Zivilbevölkerung nach Ende der zwischenzeitlichen osmanischen Besatzung und der nunmehr auch von offizieller Seite geäußerte Verdacht muslimischer Illoyalität gegenüber dem griechischen Staat sorgten dafür, dass nun auch die bis dahin verbliebenen Muslime emigrierten.

Nicole Immigs akribische Recherche zur Identifikation von Emigrationsmotiven im Kontext lokaler Verhältnisse und im Zusammenspiel mit nationalen und internationalen Faktoren verdient allen Respekt. Sie eröffnet mit dieser Studie einen breiten thematischen Horizont, den prinzipiell jeder abschreiten muss, der historische (Zwangs-) Migrationen erforscht. Positiv hervorzuheben ist vor allem ihr Insistieren auf allgemeine Push-Faktoren wie hohe Steuern und

Preise und die insgesamt schlechte Sicherheitslage, die den Blick über die Minderheit hinaus auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung erweitern. Diese Perspektive hätte die Autorin freilich durch einen expliziten Blick auf die Wanderungstendenzen der nicht-muslimischen Mehrheitsbevölkerung schärfen können. So wäre die hier behandelte Migrationsgeschichte noch konsequenter als Gesellschaftsgeschichte geschrieben worden. Zudem zeigen sich über weite Strecken der Analyse auch die Grenzen ihres ambitionierten lebensweltlichen Ansatzes: Der Text wimmelt vor Formulierungen wie »es ist davon auszugehen«, »es kann vermutet werden«, usw. Letztlich bleibt in der Abwesenheit von Ego-Dokumenten der Migranten vieles spekulativ.

Angesichts der existierenden Forschungsannahmen zur »nationalstaatlichen Gewalt« ist abschließend neben Immigs wiederholt vorgebrachten Beobachtung, dass der griechische Staat die Muslime zumindest theoretisch im Land halten wollte, ihre Schlussfolgerung hervorzuheben, dass deren Abwanderung unterm Strich weniger Ergebnis staatlicher Aktivität war, sondern eher der Unfähigkeit des Staates geschuldet war, sein Gewaltmonopol vor Ort durchzusetzen. Die Leistungsfähigkeit der neuen Balkanstaaten des 19. Jahrhunderts sollte man nicht überschätzen.

JANNIS PANAGIOTIDIS (OSNABRÜCK)

■ Die *Annales* in Deutschland

Peter Schöttler, Die »Annales«-Historiker und die deutsche Geschichtswissenschaft, Tübingen (Mohr Siebeck) 2015, 412 S., 69,00 €

Gewiss, der Titel des Buches täuscht, doch der Leser wird nicht enttäuscht. Nur um die Gründer der *Annales d'histoire économique et sociale* – so der Titel der Zeitschrift von 1929–1938 –, Lucien Febvre und Marc Bloch, geht es hier. Andere *Annales*-Historiker erscheinen nur schattenhaft oder am

Rande, und auch die Nachfolger der Gründer kommen nur kurz in den Blick. Desgleichen wird auch »die« deutsche Geschichtswissenschaft nur in einer recht verengten Perspektive behandelt, ganz abgesehen davon, dass die Reaktion von DDR-Historikern auf die *Annales* überhaupt nicht thematisiert wird. Lässt man sich aber einmal auf Peter Schöttlers Zuschnitt des Themas ein, dann verspricht die Lektüre manchen Gewinn. Der Autor hat hier 18 seiner in den vergangenen 25 Jahren in deutschen oder französischen Zeitschriften oder Sammelbänden publizierten Aufsätze überarbeitet und mit einer Einleitung versehen zusammengestellt, die französischen ins Deutsche übersetzt. Bei einem solchen Verfahren sind Überschneidungen und Wiederholungen nicht nur unvermeidlich, sondern für Leserinnen und Leser, die nicht wie der Rezensent das Buch brav an einem Stück von vorn bis hinten lesen, auch notwendig.

Der erste Gewinn des Bandes liegt darin, dass eine ganz Reihe der wichtigsten Arbeiten Peter Schöttlers über die *Annales* hier nun bequem zugänglich vorliegt. Schöttlers Art, Historiographiegeschichte zu betreiben, ist immer empirisch fundiert: Archivmaterialien, Korrespondenzen, Memoiren und wissenschaftliche Texte werden genauestens ausgewertet, oft auch erst aufgespürt. Ein zweiter Zug ist die Konzentration auf Personen, hier also auf Historiker. Der Band enthält nicht nur informative und einfühlsame Porträts von, man ist versucht zu sagen Schöttlers Helden: Bloch und Febvre (auch wenn der Autor sich von der Heldenverehrung distanziert) und auch einer Heldin, Lucie Varga – und deren Gegenspieler. Daneben finden sich hier auch zwei eingehende, hochinteressante Porträts von Geschichtswerken, von Lucien Febvres *Rhein* und von seinem Luther-Buch. Diese beiden Kapitel, die längsten in diesem Buch, sind Glanzstücke. Deutschland ist in ihnen sehr viel stärker durch die Gegenstände vertreten, als durch »die deutsche Geschichtswissenschaft«.

In dem ersten der drei großen, jeweils sechs Kapitel umfassenden Abschnitte des Buches (I. Die *Annales* und Deutschland) geht es um die späte, partielle, wissenschaftlich und politisch motivierte ablehnende Rezeption beziehungsweise um die Nicht-Rezeption der *Annales* in Deutschland. Der Vergleich zwischen der französischen Zeitschrift und der *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* (VSWG), die in gewisser Weise ein Vorbild für die *Annales* war, spielt in diesen Kapiteln eine große Rolle. Über den Zeitschriftenvergleich hinaus fragt Schöttler sowohl nach der deutschen Rezeption der französischen Geschichtswissenschaft wie auch nach der Rezeption der deutschen Historiographie in Frankreich. Das politische Umfeld kommt zentral in den Blick bei der Darstellung der Schwierigkeiten, die die Fortführung der *Annales* unter der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg behinderten. Es geht dem Autor hier im Wesentlichen darum, die gegen Lucien Febvre erhobenen Vorwürfe zu entkräften, er habe sich in seinen Auseinandersetzungen mit Marc Bloch für das Überleben der Zeitschrift mit dem Antisemitismus der deutschen Besatzer und der Vichy-Regierung allzu bereitwillig abgefunden.

Der Vergleich zwischen *Annales* und VSWG hebt auf zwei Punkte ab: die explizit programmatische Ausrichtung der französischen Zeitschrift im Gegensatz zur deutschen und ihre thematisch und auch in Bezug auf die behandelten historischen Perioden größere Spannweite. Auf der französischen Seite zieht Schöttler häufig Verbindungen zur *Année sociologique* und auch zur *Revue de synthèse*. Dabei wird bedauerlicherweise die Rolle von François Simiand für die Behandlung der Wirtschaftsgeschichte in *L'Année sociologique* übergangen, die zuletzt noch von Philippe Steiner eingehend gewürdigt worden ist (*L'école durkheimienne et l'économie*, 2005). Seltsam klingt auch die Einschätzung, dass Henri Berr's Offenheit gegenüber Deutschland vor 1914 »ungewöhnlich« gewesen sei. Bis zum Ausbruch des Ersten

Weltkriegs standen die deutschen Geistes- und Sozialwissenschaften an erster Stelle des auf das Ausland gerichteten Interesses der französischen Wissenschaft. Unter methodischen Gesichtspunkten stellt sich die Frage, ob der Vergleich zwischen den beiden wichtigsten wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Zeitschriften nicht fruchtbarer gewesen wäre, wenn nicht nur auf der französischen, sondern auch auf der deutschen Seite weitere Zeitschriften hinzugezogen worden wären. Gewiss war unter den deutschen historischen Zeitschriften die *VSWG* der unmittelbare Bezugspunkt für die Gründer der *Annales*. Fragt man aber nach der deutschen Rezeption der damaligen Entwicklungen in Frankreich, zumal im Hinblick auf die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte und die neuen interdisziplinären und vergleichenden Ansätze, dann würde sich ein Blick in andere deutsche sozialwissenschaftliche Zeitschriften gelohnt haben. Genannt sei hier nur das damals in der Nachfolge von Edgar Jaffé, Werner Sombart und Max Weber von Emil Lederer – in Verbindung mit Joseph Schumpeter und Alfred Weber – herausgegebene *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*. In ihm findet man zum Beispiel 1931, zwei Jahre nach der Gründung der *Annales*, aus der Feder des französischen Wirtschaftshistorikers Henri Sée eine Auseinandersetzung mit den Thesen der Durkheim-Schule über die Beziehungen zwischen Geschichte und Soziologie. Ein Jahr später veröffentlichte das Archiv einen der Programmatik der *Annales* nahestehenden Aufsatz von Karl Wittfogel über »Die natürlichen Ursachen der Wirtschaftsgeschichte« und kurz darauf eine Untersuchung von Hedwig Hintze über »Jean Jaurès und die materialistische Geschichtstheorie«. Ein Blick über die *VSWG* hinaus hätte das Gesamtbild also doch wohl anders erscheinen lassen.

Dass die *Annales* noch bis weit in die Nachkriegszeit von vielen deutschen Historikern mit Misstrauen, Unverständnis oder Feindseligkeit betrachtet worden ist, ist nicht zu bestreiten. Schöttlers Insistieren auf

dieser verfehlten oder verweigerten Rezeption suggeriert jedoch ein schiefes Bild: Als sei diese Verweigerung eine besondere Eigenart konservativ bornierter deutscher Historiker gewesen. In Frankreich selbst stieß die Zeitschrift *Annales* auf ähnliche Widerstände. Trotz ihres internationalen Prestiges stellte die sogenannte *Annales*-Schule immer nur eine Minderheit in dem eher konservativen Umfeld der französischen Universitätshistoriker dar. Auf die innerfranzösische Opposition gegen die *Annales* geht Schöttler eigentlich nur in seinem Kapitel über die *Annales* und den Marxismus ein.

Auch könnte man sich fragen, wo denn die Gründer der *Annales* in den deutschsprachigen Ländern in der Zwischenkriegszeit intellektuell Gleichgesinnte hätten finden können. Schöttler führt zu Recht vor allem den Wiener Mediävisten und Sozial- und Wirtschaftshistoriker Alfons Dopsch an, wohl auch weil Lucie Varga, der ein Kapitel des Buches gewidmet ist, aus seiner Schule kam. Unter dem Stichwort *missing persons* wäre hier aber doch wohl vor allem Otto Hintze zu nennen. Er erscheint nur in zwei Fußnoten, beide Male als Ehemann von Hedwig Hintze, die ihrerseits nur erwähnt wird, weil sie als »Halbjüdin« in den dreißiger Jahren in Paris Schutz suchte. Das Fehlen Otto Hintzes in dieser Untersuchung zu den *Annales* und der deutschen Geschichtswissenschaft ist aus zwei Gründen mehr als erstaunlich. Denn es hätte doch wohl nahegelegen, danach zu fragen, wie die *Annales* den einzigen deutschen Historiker der Zwischenkriegszeit wahrgenommen haben, der die von Max Weber betriebene Öffnung und Modernisierung der Sozialwissenschaften für die Geschichtswissenschaft fruchtbar zu machen versucht hatte. Insofern stand Hintze dem Projekt der *Annales* näher als die Historiker der *VSWG*. Ein zweiter Grund kommt hinzu: 1931, im dritten Jahrgang der *Annales*, hat Marc Bloch einen langen Literaturbericht über »Féodalité, vassalité, seigneurie: à propos de quelques travaux récents« veröffentlicht. Zu einem wesentli-

chen Teil war dies eine Auseinandersetzung mit Otto Hintzes vergleichenden Studien zum Feudalismus. Die negative Kritik Blochs (vor allem an Hintzes vergleichender Methode!) hat wohl dazu beigetragen, dass Hintze in Frankreich kaum gelesen worden ist. Daran hat auch die Rezension seiner in den 1960er Jahren herausgegebenen *Gesammelten Abhandlungen* durch den Soziologen Victor Karady in den *Annales* (vol. 20, 1965) nichts geändert: es dauerte noch ein Vierteljahrhundert, bis eine Reihe wichtiger Arbeiten Otto Hintzes ins Französische übersetzt wurden.

Im zweiten Teil des Buches, auf den ich an manchen Stellen schon vorausgegriffen habe, geht es um »Patén, Vermittler und Netzwerke«. Im Mittelpunkt stehen Henri Pirenne und Henri Berr als Patén, Lucie Varga als Vermittlerin. Das wohl zu Unrecht unterschätzte Projekt Lucien Febvres einer »Encyclopédie Française« aus den 1930er bis 1960er Jahren, das in Anlehnung an die Zeitschrift konzipiert und realisiert worden war, bildete, so Schöttler, ein Netzwerk mit weiten Verbindungen in fast alle Bereiche der französischen Wissenschaft und Kultur. Höchst interessant sind die von Schöttler aufgezeigten Bezüge zwischen der »Encyclopédie Française« und dem Enzyklopädie-Projekt des »Wiener Kreises«.

Der dritte Teil des Bandes enthält, unter dem Obertitel »Bloch und Febvre als Kritiker der deutschen Geschichtswissenschaft«, zunächst zwei Abhandlungen über Marc Bloch, die eine inhaltsreiche Einführung in sein Werk und seine Beziehungen zu Deutschland darstellen. Es folgen drei Kapitel über Lucien Febvre: ein recht kurzes über Febvres Begegnung mit der Psychoanalyse und Jacques Lacan, das durch die von Schöttler aufgedeckten Beziehungen zu Österreich hier seinen legitimen Platz findet, sowie zwei große über die beiden Bücher von Lucien Febvre, die Peter Schöttler selbst vor etwa zwanzig Jahren in vorbildlichen Editionen auf Deutsch veröffentlicht hat: *Der Rhein und seine Geschichte* (1994) und

Martin Luther (1996). Der Autor bietet hier zugleich einfühlsame wie kritisch distanziertere Analysen, welche die beiden Werke aus unterschiedlichen Perspektiven kontextualisieren: biographisch, werkbiographisch, im Kontext der Zeit und der theoriegeschichtlichen Diskussionen.

In einem Schlusskapitel über die »intellektuelle Rheingrenze« resümiert Schöttler seine Sicht einer »kritischen Historiographie-Geschichte« und ihrer Methoden. Angewandt auf den Vergleich zwischen den »totalisierenden« Ansätzen der *Annales* und der deutschen »Volksgeschichte«, der in den vergangenen Jahren verschiedentlich gezogen worden ist, ergibt sich für Schöttler, dass man es bei Febvre und Bloch mit einer »funktional und sozial strukturierten Ganzheit zu tun [habe], während man auf deutscher Seite eine organische Ganzheit im Blick hatte«, und dass es bei aller gemeinsamen Thematik zwischen diesen beiden Strömungen der Geschichtsschreibung keine Verständigungsmöglichkeiten über eine gemeinsame Sprache gab. Ob man das so kategorisch sagen kann, sei dahingestellt. Das Gleiche kann man wohl auch von anderen Thesen Schöttlers behaupten. Manche der hier versammelten Aufsätze sind – ganz legitim – in polemischer Absicht in den jeweiligen wissenschaftsgeschichtlichen Kontexten und Debatten verfasst worden. Daraus ergibt sich der Eindruck, dass viele dieser Texte *gegen* bestimmte Vorstellungen geschrieben worden sind: *gegen* die Behauptung, die Spezifität der *Annales* hätte ihre Wurzeln im Grunde in der deutschen Geschichtswissenschaft, *gegen* die These einer ganz besonderen Vorbildfunktion der deutschen Kulturwissenschaften, *gegen* die lange vorherrschende Sicht deutscher Historiker auf die *Annales* etwa. So berechtigt dieser Eindruck sein mag, so ungerecht wäre es, ihn in den Vordergrund zu stellen und darüber die Weite und die Tiefe von Schöttlers Analysen zu vergessen.

HINNERK BRUHNS (PARIS)

■ Testen im Osten

Volker Hess/Laura Hottenrott/Peter Steinkamp, *Testen im Osten. DDR-Arzneimittelstudien im Auftrag westlicher Pharmaindustrie, 1964–1990, Berlin (be.bra-Verlag) 2016, 272 S., 26 €*

Worüber in einer Rezension zu den Ergebnissen eines Forschungsprojekts über Arzneimittelstudien westlicher Pharmafirmen in der DDR noch schreiben, wenn alle namhaften Zeitungen und Zeitschriften bereits darüber berichtet haben? Vielleicht hilft es ja, zuerst die erstaunliche Geschichte dieses weit über die Grenzen der Medizingeschichte hinausragenden Medienereignisses zusammenzufassen.

Den Anfang machte die MDR-Dokumentation *Tests und Tote* der Journalisten Stefan Hoge und Carsten Opitz, der eine kontinuierliche Berichterstattung in allen Tages- und Wochenzeitungen der Republik nachfolgte. Ihren Höhepunkt fand die journalistische Bearbeitung des Themas im Mai 2013 mit der *Spiegel*-Reportage *Günstige Teststrecke* von Nicola Kurth und Peter Wensierski. Westliche Pharmafirmen hätten mit Unterstützung der DDR-Regierung und ohne das Wissen der beteiligten Patienten Testreihen an mehr als 50.000 Menschen durchführen lassen. Mithilfe »deutsch-deutscher Menschenversuche« hätten Arzneimittelprodukte rasch, einfach und billig zertifiziert werden sollen: »Wie ein Zuhälter verkaufte [die] Regierung [der DDR] ihre kranken Bürger und prostituierte das Land als Versuchslabor«, war im *Spiegel* zu lesen.

So entschieden das Verdikt der Journalist_innen, so nachdrücklich auch ihre Aufforderung zu einer umfassenden wissenschaftlichen Aufarbeitung. Diese haben Volker Hess, Laura Hottenrott und Peter Steinkamp in *Testen im Osten* nun geleistet und im März 2016, begleitet von einem immensen Medieninteresse, vorgestellt.

Wissenschaft und Medienöffentlichkeit, das zeigt uns diese Geschichte, sind Part-

ner in einer besonderen Beziehung. Auch wenn die Autor_innen einer Fremdbestimmung ihres Projekts durch die Einrichtung eines Wissenschaftlichen Beirats und eines Technischen Begleitausschusses vorgebeugt haben, so kann hier doch klar festgestellt werden, dass Wissenschaft und Öffentlichkeit als Ressourcen füreinander mobilisiert wurden. Nicht vielen medizinhistorischen Projekten wurde in ihren Antrags- und Veröffentlichungsphasen eine ähnlich große Aufmerksamkeit und eine vergleichbare Unterstützung von sechs Förderern und drei weiteren »Begleitern« zuteil. Die Inhalte kaum einer Reportage wiederum wurden so ausführlich wissenschaftlich untersucht – und dabei von ihrer Empörungs- und Verurteilungssemantik befreit.

Was sind nun die Ergebnisse der Forschungsdokumentation? Freilich trägt sie deutliche Spuren ihres Entstehungskontextes: Sie ist darauf verengt, die »norm- und sachgerechte Durchführung klinischer Arzneimittelstudien, die westliche Pharmahersteller in der DDR in Auftrag gaben, zu prüfen, historisch einzuordnen und ethisch zu bewerten«. Dem historischen Aufklärungs- und Beurteilungsanspruch werden die Autor_innen einerseits durch eine beeindruckende Quellenarbeit gerecht, die nicht nur alle relevanten und zugänglichen schriftlichen Hinterlassenschaften umfasst, sondern diese auch durch Interviews mit ehemaligen Prüfarzten und Prüfleitern ergänzt. Eine Probandenperspektive wird leider nur über die exemplarische Auswertung von Patientenakten der Berliner Charité realisiert, weil die Rücklaufzahl der Fragebögen gering war. Der Schilderung der Organisation der Arzneimittelprüfungen schließt sich der gewichtige Abschnitt über ihre Durchführungen an.

In der Zeit zwischen 1961 und 1990 sei die Durchführung von 321 Auftragsstudien westlicher Pharmafirmen in 121 Einrichtungen zumeist in Kreis- und Bezirkspolikliniken sowie Bezirks- und Fachkrankenhäusern klar nachweisbar. Ferner bestünden Hinwei-

se auf insgesamt mehr als 1000 Studien mit rund 2000 geschäftlichen Kontakten. In einem interessanten Wechselspiel aus Kontextualisierung und exemplarischer Tiefenbohrung gehen die Autor_innen den Gründen dafür nach, dass all die beteiligten Parteien – Pharmaunternehmen, Verwaltungs- und Beratungsstellen des Gesundheitswesens, das Ministerium für Staatssicherheit, Handelsfirmen der Kommerziellen Koordinierung, Krankenhäuser, Patienten und Ärzte – Studien in der DDR organisierten, durchführten, beobachteten und an diesen teilnahmen.

Hess, Hottenrott und Steinkamp argumentieren mit einem Interessensmodell. Für Arzneimittelstudien hätte in der DDR eine Art Win-win-Situation bestanden: Staatliche Stellen wären interessiert gewesen an den harten Devisen, an den medizinischen Präparaten, Apparaten und Informationen, welche mit den Prüfungen in die Versorgung kamen, bestanden aber auf ein engmaschiges System der staatlichen und geheimdienstlichen Kontrolle. Genau diese zentralistische Verwaltung schätzten die westlichen Firmen. Sie garantierte, viele geeignete Patienten bei möglichst geringem Aufwand und Risiko rekrutieren und Studien fristgerecht und erfolgreich abschließen zu können. Die beteiligten Ärzte sahen in ihrer Partizipation Chancen zu persönlichem Distinktionsgewinn durch Reisen, Vorträge, Literaturzugang oder Publikationsmöglichkeiten, aber auch Gelegenheit, ihre Patienten mit raren Medikamenten aus dem Westen versorgen zu können. Patienten schließlich nahmen teil, weil sie auf die medizinische Kompetenz und ihre ärztliche Autorität vertrauten, bisweilen aber auch, weil sie als Probanden von der Arbeit freigestellt werden konnten.

In ihrem Fazit schlussfolgern die Autor_innen: Den Studien westlicher Arzneimittelfirmen sei Wissenschaftlichkeit nicht abzuspüren. Der Verdacht könne aber nicht ausgeräumt werden, dass diese mit beschränkt einwilligungsfähigen Patientengruppen »dem Weg des geringsten Wider-

stands folgend« in die Staaten des Ostblocks verlegt wurden. Auffällig sei auch, dass die Firmen bei Zwischenfällen primär auf die Weiterverwendbarkeit der erhobenen Daten, damit aber auch auf die Einhaltung der methodischen Richtlinien achteten. Die Verfasser_innen sehen keinen Anlass, von vorsätzlicher Umgehung oder Verletzung der damals internationalen Standards auszugehen, die gleichwohl nicht den heutigen entsprochen hätten. Arzneimittelforschung war in der DDR kaum billiger. Ihre staatliche Organisation machte sie jedoch deutlich effizienter. So könne nicht von einer günstigen Teststrecke die Rede sein, gleichwohl aber von einer »merkwürdigen Affinität zwischen dem zentralistischen System der DDR und der Methodologie einer klinischen Studie.« Ein systematisches Unterlaufen der informierten Einwilligung der Probanden kann den Firmen aber nicht nachgewiesen werden. Das können die Autor_innen anhand der Studiendokumentationen, in denen diese Einwilligungsformulare aufgefunden wurden, auch stichhaltig belegen. Zugespitzt bestanden die moralischen Vergehen westlicher Pharmaunternehmen also darin, die Infrastrukturen einer Diktatur willentlich zum eigenen Vorteil zu nutzen. Ebenso ist kritisch zu sehen, dass die Unternehmen die auf einem Markt bestehenden Anforderungen auf einem anderen leichter zu erfüllen suchten. Dass offensichtlich die Unternehmen an der Dokumentation der Probandeneinwilligung größeres Interesse hatten als die Regierungsstellen der DDR, macht nochmals die desinteressierte, instrumentelle, sogar verachtender Haltung des sozialistischen Staates in den letzten Jahren seiner Existenz gegenüber seinen Bürgern deutlich.

Gleichwohl bleibt der Eindruck eines Unbehagens mit *Testen im Osten*. Neben der ostentativen Unterschätzung der Bedeutung der medienöffentlichen Empörung für das Forschungsprojekt an der Berliner Charité führen die legalistische und historische Perspektive sowie die pharmazeutische

Quellennähe zu einem die Pharmafirmen tendenziell exkulpierendem Urteil. In diesem Blickwinkel wird die öffentliche Empörung nicht nachvollziehbar, sondern zum bloßen medialen Heischen um Aufmerksamkeit degradiert.

Testen im Osten ist trotzdem ein gutes Buch. Es zeigt, dass trotz großen öffentlichen Wirbels um einen Forschungsgegenstand wissenschaftliche Standards eingehalten werden können. Der Band trägt auch zur wichtigen Aufgabe bei, die Diskussion zu einem Thema zu strukturieren, das keine endgültigen Antworten erfahren kann: Wie viel wir riskieren wollen, und wie dieses Risiko auf Norm- oder Verfahrensweg beherrschbar gemacht werden kann, um mit größtmöglicher Evidenz die jeweils bestmögliche Krankheitsbehandlung möglichst vielen, so früh wie eben möglich, zukommen zu lassen. Weitere Arbeiten sind nötig, zu denen die ausführliche tabellarische Dokumentation einer jeden in den Quellen angedeuteten Studie den quantitativen Grundstein legen wird. Sie sollten sich außerhalb einer Aufklärungsnarration bewegen, die nur die Rollen einer unsachlichen Öffentlichkeit und einer nüchternen Wissenschaft vorsieht. Es sind Projekte nötig, die Überschneidungen, Vermengungen und Konvergenzen dieser Rollen ausloten sowie Arbeiten, die transnationale Zusammenhänge oder konkrete Studien in ihrer Praxis untersuchen. Denn der Teufel steckt im Detail, die ethische Bewertung also in der Untersuchung des Einzelfalls, wie die Autor_innen selbst vermerken.

CHRISTIAN SAMMER (MÜNSTER)